

Nordrhein-Westfalen Landtag intern 19



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 20. Jahrgang, 10. Wahlperiode, 21. 11. 1989

WORT UND WIDERWORT

Schöffen: Demokratie oder Dekoration am Richtertisch?

*Anspruch und Wirklichkeit klaffen auch im Schöffenwesen auseinander. Die Laienbeteiligung im Strafrecht bedürfe dringend einiger reformatorischer Anstöße. Dies beginne bei der Auswahl der Kandidaten, die von den vorschlagenden Organisationen vorgenommen werde. Gleiches gelte für die Aufstellung der Vorschlagsliste durch die Räte der Gemeinden. Vorschläge für das Schöffenamt aus den Einwohnermeldekarteien nach dem Zufallsprinzip herauszuziehen, erfülle die Kriterien an eine verantwortungsbewußte Besetzung dieser Ämter nicht. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Albert Klütsch**. Der CDU-Abgeordnete **Dr. Hans-Ulrich Klose** betont, der gesunde Menschenverstand und das Rechtsempfinden der Menschen seien auch in der modernen Rechtspflege von hohem Wert. Der ehrenamtliche Richter bleibe auch in der heutigen Zeit ein unersetzlicher Teil der Strafrechtspflege. Allerdings sollte er auf diese Aufgabe besser vorbereitet werden. Dies könne seine Stellung und seine Fähigkeit, an der Rechtsprechung maßgeblich mitzuwirken, stärken. Der F.D.P.-Abgeordnete **Heinz Lanfermann** stellt fest, wer das Amt des Schöffen in ideologischer Verblendung dazu benutzen wolle, es als „trojanisches Pferd“ in die Judikative einzuschmuggeln, um damit quasi basis-demokratische Funktionen aufzubauen, der habe das Amt des Schöffen kräftig mißverstanden. Im Kern gehe es bei der Laienbeteiligung viel mehr um eine in die Justiz eingebaute Kontrolle, eine „Publizitätskontrolle“.* (Seite 2)

Regierungserklärung: Nationale Kraftanstrengung nötig

Rau für deutsch-deutsche Kommissionen

Die Einrichtung ständiger deutsch-deutscher Kommissionen hat Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) angeregt. Solche Kommissionen sollten sich mit Devisen-, Wirtschafts- und Strukturfragen sowie mit Energie, Umweltschutz, Verkehr und Infrastruktur befassen.

In einer Regierungserklärung griff Rau die Idee eines „runden Tisches“ mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden zur Erarbeitung eines Hilfskonzepts für Menschen aus und in der DDR auf. Die Ministerpräsidenten sollten zu einer Sondersitzung zusammenkommen.

Rau rief zu einer großen nationalen Kraftanstrengung auf. Als eines der vordringlichsten Probleme nannte er die Lösung der akuten Devisenprobleme. Die Auszahlung des Begrüßungsgeldes sei auf Dauer nicht mit der Selbstachtung der DDR-Bürger zu vereinbaren.

Nach Ansicht von CDU-Fraktionschef Dr. Bernhard Worms dürften die Ängste der Bevölkerung in beiden deutschen Staaten nicht vernachlässigt werden. F.D.P.-Fraktionsvorsitzender Dr. Achim Rohde regte an,

die soziale Marktwirtschaft in der DDR einzuführen.

SPD-Fraktionschef Professor Dr. Friedhelm Farthmann riet dazu, junge Ärzte aus der Bundesrepublik in der DDR arbeiten zu lassen. (Seite 3)

Die Woche im Landtag

Rollenprobleme

Um bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ging es bei der Aussprache über den SPD-Antrag „Frau und Beruf“. (Seite 5)

Sozialcharta

Sorgen um die europäische Sozialcharta standen im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde des Landtags. (Seite 7)

Treffpunkt

Das Haus des Ministerpräsidenten in Düsseldorf soll nach Umzug des Regierungschefs in den alten Landtag ein herausragender politischer Treffpunkt sowie Gästehaus werden. (Seite 11)

Sicherheitstechnik

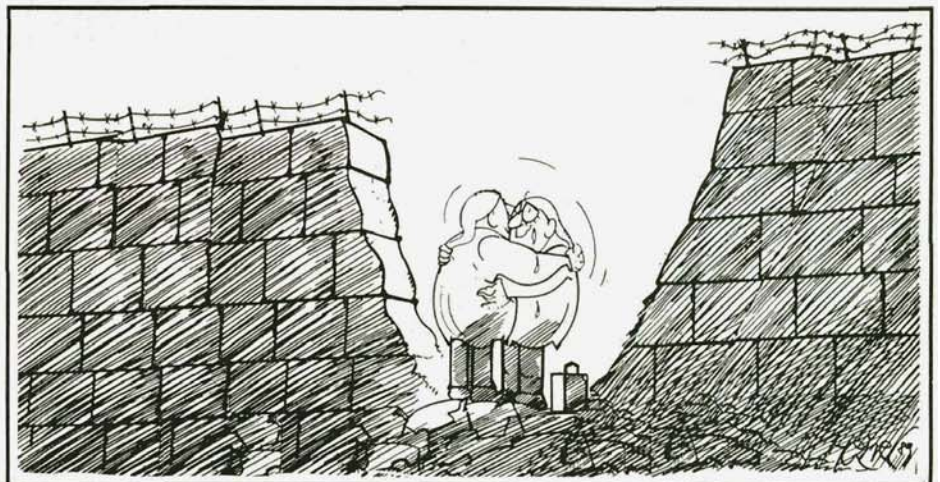
Über Sicherheitstechnik und computergesteuerte Überwachung informierte sich der Ausschuß für Grubensicherheit im Bergwerk Westerholt. (Seite 14)

Spanplattenwerk

Mit dem Bau eines Spanplattenwerkes mit moderner Wirbelschichtfeuerung in Brilon hat sich der Landwirtschaftsausschuß befaßt. (Seite 15)

Gemäldeausstellung

Aus Anlaß seines 88. Geburtstages ist der Maler Bruno Goller mit einer Ausstellung seiner Gemälde im Landtag geehrt worden. (Seite 17)



9. 11. 89

Zeichnung: Hanel (Kölner Stadtanzeiger)

WORT UND WIDERWORT

Schöffen sind Teil gelebter Demokratie in der Rechtspflege

Von
Albert Klütsch

Über 40 000 Schöffinnen und Schöffen nehmen in der Bundesrepublik im gleichen Umfang wie die Berufsrichter an der Hauptverhandlung in Strafsachen teil. Damit nimmt die Bundesrepublik, was die zahlenmäßige Beteiligung von ehrenamtlichen Richtern anbelangt, eine führende Stellung in der Welt ein. In das öffentliche Interesse sind die Schöffen in den letzten Jahren aber nur dadurch gerückt, daß der Bundesgerichtshof mehrere Urteile aufheben mußte, weil die Wahl der Schöffen fehlerhaft gewesen ist. Die Arbeit der Schöffen, ihre Aufgaben in den Gerichten und die Verantwortung, die sie übernehmen, sind demgegenüber in der öffentlichen Erörterung weitgehend in den Hintergrund gerückt. Die Beteiligung des Bürgers an der Strafrechtspflege — eine Errungenschaft der 1848er Freiheitsbewegung — muß sich deshalb immer wieder der Frage nach ihrer Legitimation stellen. Für die SPD, die in ihrer Geschichte immer die Stärkung der Bürgerbeteiligung an der Rechtsprechung gefördert hat, sind die Schöffen ein Teil gelebter Demokratie in der Rechtspflege, ein Stück Teilhabe des Bürgers an der Ausübung staatlicher Macht. Schöffen sollen den Berufsrichter zur Kontrolle der Plausibilität seiner Auffassung zwingen, sie sollen ihn davor bewahren, Lebenssachverhalte allein durch den juristisch verengten Blick zu betrachten und Lebens- und Alltags- erfahrung in das Verfahren einbringen.

SPD: Anspruch und Wirklichkeit klaffen oft auseinander

Anspruch und Wirklichkeit klaffen aber auch im Schöffenwesen auseinander. Die Laienbeteiligung im Strafrecht bedarf dringend einiger reformerischer Anstöße. Dies beginnt bei der Auswahl der Kandidaten, die von den vorschlagenden Organisationen vorgenommen wird. Diejenigen, die sich für ein Schöffenamt interessieren, müssen über die Bedeutung des Amtes, ihre Funktion und über ihre Rechte und Pflichten hinreichend aufgeklärt sein. Gleiches gilt für die Aufstellung der Vorschlagsliste durch die Räte der Gemeinden. Vorschläge für das Schöffenamt aus den Einwohnermeldekarteien nach dem Zufallsprinzip herauszuziehen, erfüllt die Kriterien an eine verantwortungsbewußte Besetzung dieser Ämter nicht. Auch die Arbeit der gewählten Schöffen in den Gerichten bedarf der Verbesserung. Insbesondere müssen die Schöffen vor ihrer ersten Hauptversammlung umfassend über ihre Möglichkeiten der Mitarbeit informiert werden. Daß es Schöffen gibt, die selbst nach mehrjähriger Tätigkeit in einem Gericht nicht wissen, daß über die Schuldfrage und die Sanktionen mit einer Zweidrittelmehrheit abgestimmt wird, zeigt noch bedenkliche Lücken in der Zusammenarbeit zwischen Berufs- und ehrenamtlichen Richtern auf. Die SPD-Landtagsfraktion hat inzwischen den Dialog mit den Schöffen und der von ihnen inzwischen gegründeten Vereinigung aufgenommen. Die Ergebnisse einer Tagung im August dieses Jahres werden demnächst in politische Initiativen umgesetzt werden.

Von
Dr. Hans-Ulrich Klose

Das Amt des Schöffen, aus dem der ehrenamtliche Richter im Strafprozeß hervorgegangen ist, verdankt seine Entstehung der Aufklärung des 19. Jahrhunderts. Das Mißtrauen gegen den geheimen Strafprozeß des absolutistischen Staates und den Beamtenrichter des nachfolgenden Obrigkeitsstaates forderte den von der Staatsgewalt unabhängigen Richter. Der aus dem Volke kommende Laienrichter war für die damalige Zeit ein wichtiger Reformschritt. Der demokratische Staat des Grundgesetzes ist Rechtsstaat. Die Verfassung gewährleistet die Unabhängigkeit des Richters. Diese ist also wesentlicher Bestandteil der demokratischen Staatsordnung. Hat damit der von demokratisch gewählten Gremien vorgeschlagene und nach einem gesetzlichen Verfahren ausgewählte, ehrenamtliche Richter noch eine innere Rechtfertigung? Begründet wird der ehrenamtliche Richter mit dem aus dem Demokratieprinzip abgeleiteten Recht des Volkes, an der Ausübung der Staatsgewalt und damit der richterlichen Gewalt teilzuhaben.

CDU: Bürgernähe und menschliche Rechtsprechung

Die Überlegung ist jedoch in der repräsentativen, von der Gewaltenteilung geprägten Demokratie, nicht zwingend. Richterliche Unabhängigkeit ist auch ohne Beteiligung von Laienrichtern gewährleistet. Überzeugend sind andere Gesichtspunkte. Der ehrenamtliche Richter soll dem Berufsrichter Wissen über die gesellschaftliche Wirklichkeit vermitteln. Der gesunde Menschenverstand und das Rechtsempfinden der Menschen sind auch in der modernen Rechtspflege von hohem Wert. Laien können dazu beitragen, daß die Rechtsprechung bürgernah und menschlich, vor allem aber verständlich bleibt. Ihre Teilhabe an der Rechtsprechung ermöglicht es ihnen aber auch, dem Bürger zu vermitteln, daß die Rechtsprechung nicht willkürlich handelt, sondern auf der Grundlage von Recht und Gesetz und nach gewissenhafter Prüfung ihr Urteil spricht. Der ehrenamtliche Richter bleibt auch in unserer Zeit ein unersetzlicher Teil der Strafrechtspflege. Allerdings sollte er auf diese Aufgabe besser vorbereitet werden. Dies kann seine Stellung und seine Fähigkeit, an der Rechtsprechung maßgeblich mitzuwirken, stärken.

Von
Heinz Lanfermann

Das Amt des Schöffen nimmt nach Auffassung der F.D.P. eine eigenständige und wichtige Funktion in der Justiz ein — um „Dekoration“ am Richtertisch geht es also ganz sicher nicht. Allerdings führt auch die Alternative in der Eingangsfrage — „Demokratie“ am Richtertisch — in die Irre. Unser Staatswesen ist nach dem Gewaltenteilungsprinzip organisiert. Das Demokratieprinzip gilt uneingeschränkt für die Legislative; die rechtsprechende Gewalt orientiert sich dagegen zunächst an der vom Grundgesetz garantierten richterlichen Unabhängigkeit. Wer das Amt des Schöffen in ideologischer Verblendung dazu benutzen wollte, es als „trojanisches Pferd“ in die Judikative einzuschmuggeln, um damit quasi basisdemokratische Funktionen aufzubauen, der hätte das Amt des Schöffen kräftig mißverstanden. Im Kern geht es bei der Laienbeteiligung viel mehr um eine in die Justiz eingebaute Kontrolle, eine — wenn man so will — „Publizitätskontrolle“. Die Beteiligung von Bürgern soll das Vertrauen der Allgemeinheit in die Rechtspflege erhalten und stärken.

F.D.P.: Garant lebensnaher Justiz

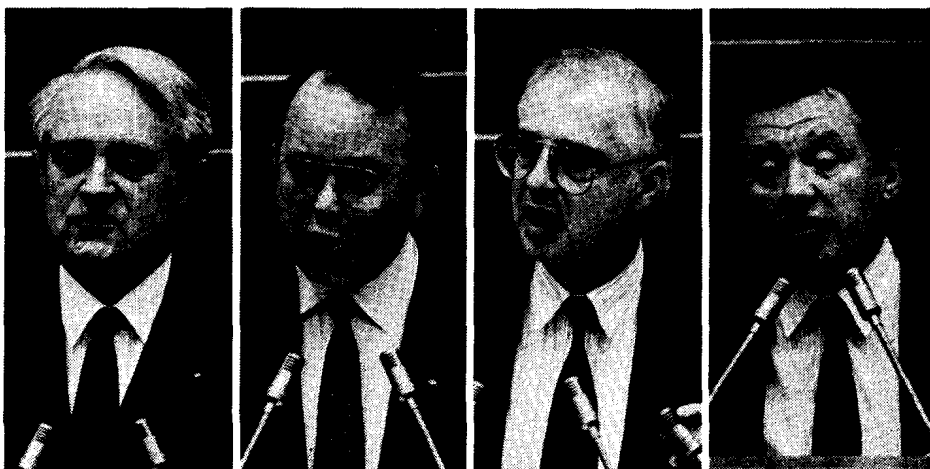
Die Laienbeteiligung soll nach Auffassung der F.D.P. mit dazu beitragen, daß sich richterliche Entscheidungen nicht von ihrem sozialen Hintergrund ablösen. Vor „Fachblindheit“ ist niemand gefeit, auch Richter nicht. Die Beteiligung von Laien an der Rechtsprechung soll also verhindern, daß Entscheidungen „vom grünen Tisch“ ergehen, soll zu einer größeren Nachvollziehbarkeit von Gerichtsentscheidungen und zu deren allgemeiner Verständlichkeit beitragen. Schöffen sollen Garant einer lebensnahen Justiz sein. Das ist in der Alltagsarbeit der Gerichte nicht immer einfach zu verwirklichen. Schöffen sollen ja keine „Richter zweiter Klasse“ sein, sondern sollen als mündige Bürger gleichberechtigt mit dem hauptamtlichen Richter zusammenarbeiten. Eine solche gleichberechtigte Partnerschaft setzt zunächst den guten Willen der Partner zur Zusammenarbeit voraus. Und sie setzt voraus, daß beide — Richter wie Schöffen — ihre Partner in ihrer eigenständigen Funktion akzeptieren. Nur auf dieser Basis kann das Vertrauen entstehen, das für die Zusammenarbeit von Richtern und Schöffen am Richtertisch notwendig ist.

Opposition: Das Rad der Geschichte läßt sich nicht mehr zurückdrehen

Johannes Rau: Mauer ist nur noch Relikt der Vergangenheit

In einer außergewöhnlich intensiven Aussprache über die Regierungserklärung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau (SPD) zur aktuellen deutschlandpolitischen Situation am 15. November waren sich alle Fraktionen einig in der Befriedigung über die Veränderungen, die in der DDR stattfinden und in der Bewunderung des Mutes, den die Bevölkerung bei dieser friedlichen Revolution auf deutschem Boden aufgebracht hat. Die Debatte war aber auch gekennzeichnet von der Auseinandersetzung, welcher Partei der größte historische Anteil an diesen Veränderungen zukomme. Vor dem Hintergrund seiner Gespräche in Leipzig und Berlin (Ost) in der vergangenen Woche riet der Ministerpräsident eindringlich dazu, der DDR keine Bedingungen für den weiteren Reformprozeß zu stellen. Der Bedarf der Menschen dort an Bevormundung sei in vierzig Jahren mehr als gedeckt. Die SED forderte er zur Aufgabe ihres „einzementierten Machtmonopols“ auf. Auch von der Opposition von CDU und F.D.P. wurde unterstrichen, daß gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen notwendig seien. Je eher die DDR sie auf den Weg bringe, desto schneller könne die Bundesrepublik sie unterstützen.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) erinnerte daran, daß man in der vergangenen Woche zur Eröffnung der Kulturpräsentation in Leipzig gewesen sei, am 9. November, an jenem Tag, der die Situation in der Mitte Europas in einem Maße politisch verändert habe, „das wir heute noch nicht ermessen können“. Der Ministerpräsident fuhr fort: „Die Öffnung der Mauer nach mehr als 28 Jahren hat uns bewegt und erschüttert.“ Die Freude der Menschen sei grenzenlos gewesen. Sie hätten kaum fassen können, daß nach fast drei Jahrzehnten ein Abschnitt deutscher Geschichte zu Ende gegangen sei, der so viel Leid über die Menschen im geteilten Deutschland gebracht habe. An dieser Mauer seien viele Menschen gestorben. „Die Mauer ist nur noch das Relikt einer schlimmen Vergangenheit. Sie kann und wird abgeräumt werden.“ Die Landesregierung erwarte jetzt, daß die fortbestehenden bürokratischen Regelungen für Reisen von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) in die DDR so schnell wie möglich abgebaut würden. Nach einem Gespräch mit dem neuen Vorsitzenden des Ministerrats, Hans Modrow, sei er überzeugt: „Das ist erreichbar.“ Die Entwicklung in der DDR sei ein großer Erfolg der Menschen dort. Niemand in der Bundesrepublik sollte versuchen, diesen Erfolg für sich zu reklamieren. Rau wies darauf hin, mit den Worten einer Regierungserklärung lasse sich schwer sagen, was einen in diesen Tagen bewege. Was die Volksbewegung in der DDR geschaffen habe, das sei die erste friedliche, die erste erfolgreiche Revolution auf deutschem Boden. Bei seinen Gesprächen habe er den sicheren Eindruck gewonnen, was die Menschen in der DDR nicht brauchen könnten und woll-



Eine ganz neue Sicht der Deutschlandpolitik: v.l. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), Dr. Bernhard Worms (CDU), Dr. Achim Rohde (F.D.P.) und Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD).
Fotos: Schüler

ten, sei Einmischung und Bevormundung. „Sie wollen nicht, daß wir ihnen sagen, was sie tun sollen“, stellte Rau fest. „Wir sollten sie vielmehr fragen, war wir denn dazu beitragen können, daß sie ihren Weg gehen.“ Die Bundesrepublik sollte keine Bedingungen stellen, wenn es darum gehe, daß die Menschen in der DDR ihr Land nach vorne brächten. Bei Gesprächen hätten sich eine Reihe medienpolitischer Gesichtspunkte ergeben. Alle Fraktionen des Landtages hätten den Wunsch geäußert, daß die Fernsehprogramme der DDR in die NRW-Kabelnetze eingespeist würden. Die DDR stimme dem zu. Die DDR habe ebenfalls ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, die Arbeitsbedingungen für Korrespondenten aus der Bundesrepublik und Berlin (West) von bürokratischen Hemmnissen zu befreien. Die DDR stehe dem Wunsch aufgeschlossen gegenüber, weit stärker als bisher Publikationen aus der Bundesrepublik in der DDR verbreiten zu können. Im Interesse aller Deutschen sei es, wenn das Wohlstandsgefälle zwischen der Bundesrepublik und der DDR nicht noch größer werde. Die Landesregierung sehe es als vordringliche Aufgaben an, daß beide deutschen Staaten nach Wegen suchten, wie die akute Devisenproblematik, die Frage der Finanzierung der Reisen von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik gelöst werden könne. Die Landesregierung sei davon überzeugt, die Chancen, die sich heute für alle Deutschen böten, könnten nur genutzt werden, wenn alle politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen zu gemeinsamem Handeln fähig und bereit seien. Alle sollten sich zusammensetzen und ein abgestimmtes Konzept erarbeiten. Über mehrere Jahre brauche man eine große nationale Anstrengung, die privates und öffentliches Geld in Milliardenhöhe mobilisiere, wenn man die Menschen in der DDR vor einem sonst drohenden Kollaps ihrer Volkswirtschaft bewahren wolle. Der Regierungschef erinnerte auch daran, in beiden deutschen Staaten müsse man immer wieder deutlich machen, daß sich der Wunsch nach Selbstbestimmung der Deutschen gegen niemanden richte.

Dr. Bernhard Worms (CDU), Fraktionsvorsitzender, betonte, das Rad der Geschichte

lasse sich nicht mehr zurückdrehen, insbesondere die Menschen in der DDR, in Ungarn und in Polen hätten ein neues Selbstbewußtsein entwickelt. Die machtvollen friedlichen Demonstrationen in der DDR hätten gezeigt, daß der gemeinsame Wille zu Freiheit und Selbstbestimmung Berge versetzen könne. Auf diejenigen, die es in der DDR auf sich nähmen, für die Freiheit, für die Demokratie und für die hierzu erforderlichen notwendigen Reformen einzutreten, komme eine ungeheuer schwere und fast unmenschliche Aufgabe zu, weil sie in der Nachfolge eines bankrotten Systems stünden und fast bei Null anfangen müßten. Deshalb werde seine Fraktion an der Umsetzung denkbarer Hilfen mitwirken, wie dies in Richtung Polen einmütig erfolgt sei. Es könne aber nicht darum gehen, sozusagen vom „hohen Roß“ wohlgemeinte Ratschläge zu erteilen. Er sei sich mit Rau einig, daß Ratschläge auch Schläge sein könnten. Allerdings würden angesichts der heutigen Entwicklungen die ganze Orientierungslosigkeit und die fundamentalen Fehleinschätzungen der Deutschlandpolitik der SPD deutlich. Es seien nicht Helsinki und Deutschlandvertrag, nicht die intensiven Gespräche mit der SED gewesen, die zu der jetzigen Entwicklung geführt hätten. Es seien vielmehr die Vorgänge in Rußland und im Ostblock, es sei der Freiheitswille der Bürger in der DDR, es seien ihre machtvollen Demonstrationen gewesen, die den Reformprozeß eingeleitet hätten. Wenn Rau ehrlich sei, müsse er dann nicht zugeben, daß auch die SPD erst durch den Gang der Ereignisse zu einer deutschlandpolitischen Kurskorrektur gebracht worden sei. Worms meinte: „Um eine wahrheitsgemäße und schonungslose Analyse der wirklichen Ursachen für die Entwicklung in der DDR kommen wir nicht herum.“ In der aktuellen Situation halte es die CDU für ihre Pflicht, ein Bekenntnis zu ihren Grundsätzen abzulegen. Dies sei das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie, zum freiheitlichen Rechtsstaat, zur sozialen Marktwirtschaft, zu einer freien, pluralistischen Gesellschaft. Man stehe zum Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes, achte aber in gleicher Weise das Selbstbestimmungsrecht der Menschen in der DDR.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, sagte: „Wir wünschen uns nichts sehnlicher als freie, gleiche und geheime Wahlen in der DDR. Wir wünschen uns nichts sehnlicher als unabhängige Parteien in der DDR.“ Die deutsche Revolution, die in der DDR stattfindet, klage Gerechtigkeit für das Volk ein. Das Volk stehe auf. Eine Revolution mit dem Trabbi habe es bisher nicht gegeben, eine Revolution, bei der sich die Menschen mit Tränen in den Augen die Hände reichten, habe es auf deutschem Boden noch nicht gegeben. Rohde erinnerte daran, daß man sich im Westen nach dem Kriege für die soziale Marktwirtschaft entschieden habe. „Wir sagen Euch, es ist ein guter Weg“, betonte er. Mit Reparaturen an der sozialistischen Wirtschaft sei es nicht mehr getan. Das System, das Krenz und Modrow verträten, das System der zentralen Planwirtschaft, das System des Alleinvertretungsanspruchs einer Partei habe ausgedient. Die Bürger der DDR wollten Demokratie, „sie wollten aber auch ordentlich leben“. Beides verwehre ihnen der Sozialismus. Deshalb sei Modellwechsel angesagt. Gebraucht würden Unternehmer, freie Berufe, Handwerker, Selbständige, „wie bei uns“. Gebraucht werde eine neue Infrastruktur für die Gesellschaft. Man unterstütze die Bundesregierung, die immer deutlich gemacht habe, daß wirtschaftliche Hilfe an die DDR nicht unkonditioniert sein könne.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) sagte, der 9. November 1989 sei ein Glanzpunkt in der demokratischen Entwicklung unseres Volkes. Das Volk der DDR erobere sich seine Souveränität zurück. „Was in diesen Wochen in der DDR vor sich geht, haben wir mit Spannung und mit fast ungläubigem Staunen verfolgt. Wir haben erlebt, wie Stühle wackelten und Throne stürzten“, sagte Farthmann. Er stellte die Frage, was die friedliche Revolution in der DDR für die Westdeutschen bedeute. Die Übereifrigen aus dem konservativen Lager scheuten sich nicht, daraus politisches Kapital zu schlagen. Der demokratische Sozialismus, wie ihn die SPD wolle, sei aber nicht am Ende, sondern er sei durch die Ereignisse der letzten Jahrzehnte eindrucksvoll bestätigt worden. Gerade auch in der DDR stimmten viele Menschen „mit unseren Zielen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität überein“, sagte der Fraktionsvorsitzende. Sie wollten die Abschaffung von Privilegien, die Anhebung der Massenkraft und die Sicherung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Nicht nur die Gründung einer sozialistischen Partei in der DDR beweise, „daß unsere Ideale auch heute noch die Menschen faszinieren“. „Wandel durch Annäherung“ sei weiterhin die Devise der Ost- und Deutschlandpolitik der SPD. Voll Stolz könne man heute feststellen: die Annäherung sei vollzogen, jetzt treffe der Wandel ein. Man müsse sich der geschichtlichen Herausforderung stellen. Zuerst müßten die Übersiedler bereitwillig aufgenommen und in unsere Gesellschaft eingegliedert werden. Er halte nichts von Vorschlägen, die darauf abzielten, die Übersiedler abzuschrecken. Man müsse ferner der Wirtschaft der DDR helfen, Anschluß „an unser Niveau der Arbeitsproduktivität zu finden“. Ganz wichtig sei ferner die Konvertierbarkeit der Währung. Man brauche mehr Informationen über die andere Seite. Für richtig halte er es auch, die Krise im Gesundheitswesen der DDR zu beheben. Warum sollten nicht 1000 junge Ärzte, die in der

Bundesrepublik unter Umständen arbeitslos seien, in der DDR arbeiten können. Möglich müsse es auch sein, auf dem kürzesten Weg von Düsseldorf nach Leipzig und umgekehrt zu fliegen.

Eine unheimliche Freude

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) sagte: „Ich gehöre auch zu denjenigen, die ihre alte Heimat in der DDR haben und in den letzten Jahrzehnten hierhergekommen sind und die zuallererst gesagt haben, daß sie eine unheimliche Freude empfinden.“ Er vertrat die Meinung, es stünde „uns als deutschem Landesparlament gut an“, sich bewußt zu machen, daß in der DDR in kurzer Zeit ein gewaltiger revolutionärer Vorgang passiert sei. Klose fügte hinzu: „Hier ist ein Wunder passiert.“ Er fuhr fort, vor den Menschen in der DDR liege ein großes Aufbauwerk, „und wir müssen dabei helfen“. Laute Rufe seien



Große Hoffnungen: v.l. Dr. Hans-Ulrich Klose und Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) Fotos: Schüller

nicht gefragt, sondern es sei sensibel zu sprechen. Man müsse indessen schon erkennen lassen, ob man für die Selbstbestimmung sei. „Wir müssen auch erkennen lassen, daß nach unserer Meinung am Ende die Wiedervereinigung stehen soll.“ Klose warnte davor, das Problem der Annäherung der beiden deutschen Staaten vornehmlich als ein materielles Problem zu betrachten und Wirtschaft sowie Wirtschaftsordnung als das vorrangige Ziel überhaupt anzusehen.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) zeigte sich enttäuscht, daß der CDU-Fraktionsvorsitzende Worms ein Bild von der SPD-Deutschlandpolitik gezeichnet habe, das er für eine Karikatur halte. Er habe zwar zu denen gehört, die gegenüber der Tatsache einer gemeinsamen Unterschrift unter das sogenannte SED/SPD-Papier Zweifel angemeldet hätten. Er habe das jedoch zurückgenommen, nachdem ihm viele Menschen nicht erst in den letzten acht Tagen, sondern in den letzten zwei Jahren gesagt hätten: Dieses gemeinsame Papier sei für sie eine große Hilfe. Das SED/SPD-Papier zwischen der Akademie der Wissenschaften und der Grundwertekommission der SPD sei von vielen in den Reformgruppen als eine große Hilfe empfunden worden.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) sagte als Wissenschaftspolitiker, es werde zu einer

ganz neuen Qualität des Austauschs von Forschern und Studenten zwischen den beiden Teilen Deutschlands kommen, für die man erhebliche materielle und geistige Vorarbeiten leisten müsse. Auf einen zweiten Punkt verweisend, stellte Schultz-Tornau fest, „an uns“ gehe schon die Anfrage, „ob wir uns, die wir hier demokratische Verhältnisse haben, nicht fragen lassen müssen, ob wir nicht als Antwort auf das, was dort geschieht, uns überlegen müssen, wie wir von der Zuschauerdemokratie, die wir ja in weiten Teilen heute haben, zu einer Mitgestaltungsdemokratie auch in der Bundesrepublik Deutschland kommen können“.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, meinte in einem weiteren Beitrag, es stimme, daß die DDR, wenn sie über eine Marktwirtschaft verfügen würde, in der Lage wäre, ihren Menschen Freiheit und Wohlstand zu bringen. Zur Ostpolitik sagte er: „Wir kommen zu einer Revision unseres Geschichtsbildes. Wir bewerten heute auch die Ostpolitik anders als früher.“ Rohde fragte, ob man nicht eine gewisse Abbitte leisten müsse und nannte Axel Cäsar Springer, der immer als kalter Krieger dargestellt worden sei. „Hatte es nicht auch seinen Sinn, die Fahne der Freiheit hochzuhalten und zu sagen: Das System, das ich über die Welt anklage, hat keine Zukunftsmöglichkeiten mehr?“, schloß er.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) verlas zum Ende einen Brief, den er in diesen Tagen bekommen hatte: „Angesichts der atemberaubenden Bilder, die uns zur Zeit aus Berlin erreichen, denken wir viel an Euch, die Ihr im Brennpunkt des Geschehens steht. Wer kann die historische Tragweite des Mauerabbruches in einer geteilten Stadt trotz aller Unterschiede besser verstehen, als wir in Jerusalem. Mit allen guten Wünschen, Teddy Kollek.“

Kanalsanierung

Auf Milliardenbeträge wird die Sanierung des in die Jahre gekommenen Kanalisationsnetzes in Städten und Gemeinden geschätzt. Die Hälfte dieser Kosten etwa sei zu sparen, wenn ein jüngst vorgestelltes Verfahren angewandt wird, bei dem ein Kunststoffschlauch durch den sanierungsbedürftigen Kanal geblasen wird, der eng an der Kanalwand anliegt und mit dieser dann durch Kunstharz verklebt wird. Darauf hat der F.D.P.-Abgeordnete Dr. Achim Rohde in der Fragestunde des Landtags hingewiesen und die Landesregierung nach ihrer Einschätzung gefragt.

Arbeitsminister Hermann Heinemann (SPD) erklärte, diese Technik sei eines von mehreren Verfahren, die bei der Sanierungsaufgabe zu überlegen seien. Es sei anwendbar in Fällen, in denen der Kanal sowohl hydraulisch als auch statisch noch ausreichend ist. Schwierigkeiten träten aber bei den Hausanschlüssen auf, die dicht in diesen Kunststoffschlauch eingearbeitet werden müßten. Der Minister gab bekannt, das Land NRW fördere die Einrichtung eines Instituts für Kanalisationstechnik, das die verschiedenen Techniken erproben und ihre Langzeiteignung feststellen wird sowie neue Techniken „und den Sanierungserfolg in Einzelfällen begleiten“ soll.



Für Partnerschaft bei Familien- und Berufsarbeit (v.l.): Marita Rauterkus (SPD), Beatrix Philipp (CDU), Jürgen Jentsch (SPD), Minister Dr. Herbert Schnoor (SPD), Ruth Witteler-Koch (F.D.P.), Marie-Luise Woldering (CDU).
Fotos: Schüler

Maßnahmenkatalog der SPD gegen Nachteile für Frauen im Beruf

Familie und Beruf belasten Frauen (noch) mehr als Männer

Der SPD-Antrag „Frau und Beruf“ (Drs. 10/4676), der einen umfangreichen Katalog von Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit enthält, wurde vom Plenum nach teilweise kontroverser Aussprache am 15. November in die Ausschußberatung überwiesen. Die SPD-Abgeordnete Marita Rauterkus teilte dabei mit, daß der Ausschuß für Kinder und Familie anstelle der 8000 zusätzlichen Kindergartenplätzen ab 1990 doppelt so viele beschlossen habe.

Marita Rauterkus (SPD) begründete den Antrag mit der Zunahme berufstätiger Frauen in den letzten zehn Jahren auf fast 51 Prozent und der Zunahme verheirateter berufstätiger Frauen. Dennoch verdienten weibliche Angestellte rund 1800, Arbeiterinnen rund 1000 Mark monatlich weniger. Männer übten meist höher qualifizierte Tätigkeiten aus. Es sei jedoch Verschwendung von Ressourcen, gut ausgebildeten Frauen keine angemessenen Arbeitsplätze zu überlassen. Frauenförderung müsse als Gesamtaufgabe der Wirtschaft verstanden werden.

Beatrix Philipp (CDU) warf der SPD vor, Frauen jahrelang die außerhäusliche Berufstätigkeit eingetrichtert zu haben. Das habe zu Mehrfachbelastungen geführt und zur Benachteiligung Nichterwerbstätiger. In der CDU sei die einäugige Frauenförderung längst aufgegeben. Sie setze auf die partnerschaftliche Übereinkunft und auf die Wahlfreiheit. Sie honoriere die häusliche Leistung von Frauen, nur durch Aufwertung von Familienarbeit werde es für Männer Anreize geben, sich im privaten Sektor zu engagieren. Statt der Regionalstellen „Frau und Beruf“ sollten Landeserziehungsgeld und mehr Kindergartenplätze geschaffen werden.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) meinte, die Diskussion bewege sich im Kreis. Die SPD versuche, von oben etwas überzustülpen,

was viele gar nicht wollten. Es solle ein Zweiklassensystem mit Karrierefrauen und Familienmüttern geschaffen werden. Unbestritten sei Nachholbedarf für „Frau und Beruf“. Es gebe noch die schlechter ausgebildete Generation. Um mehr Männer für Familienarbeit zu gewinnen, seien Mentalitätsänderungen und höhere Berufsqualifikation bei Frauen nötig. Der siebenjährige Wirtschaftsaufschwung habe die Chancen verbessert. In Frankreich sei die Situation durch Ganztagschulen, Kinderkrippen und Horte viel besser. Die Mittel dafür müßten auch in NRW aufgebracht werden.

Jürgen Jentsch (SPD) sagte, auch die SPD sei für die freie Wahl, darüber hinaus aber auch für gleiche Chancen der Frauen. Ein zentraler Punkt seien familiengerechte Arbeitszeiten. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit solle den Familien zugute kommen, ebenso mehr Teilzeitarbeitsplätze für Männer. Für Familienväter gebe es den Vollarbeitsplatz, der ohne den Schattenarbeitsplatz der Frauen zu Hause nicht aufrecht zu erhalten wäre. Teilzeitarbeit dürfe nicht länger zu Nachteilen bei der beruflichen Laufbahn, bei Renten und bei der Fortbildung führen. Flexible Arbeitszeiten seien unsozial und gingen zu Lasten der Frauen. Trotz besserer Ausbildung der Frauen seien die höheren Positionen von Männern besetzt. In zukunftsorientierten Berufen betrage der Frauenanteil unter fünf Prozent.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) betonte, Grundanliegen der Landesregierung sei die volle Wahlfreiheit der Frauen. Weil Frauen wollten, nehme die Erwerbstätigkeit zu. Wegen der Männerbranchen Kohle und Stahl sei sie in NRW unterdurchschnittlich gewesen. Die Umstrukturierung wirke sich jetzt aus. Heute wollten 85 Prozent der jungen Frauen Familie und Beruf. Die Mehrfachbelastung werde aber in erster Linie von den Frauen getragen. Bei Investitionen für Kindergärten liege NRW vorn und bei Betriebsausgaben an der Spitze. Das

Programm zur Wiedereingliederung werde angenommen. Den Frauen, die sich frei für die Familie entschieden hätten, aber den Anschluß im Beruf suchten, wenn die Kinder erwachsen sind, müsse mehr geholfen werden.

Marie-Luise Woldering (CDU) warf dem Minister vor, den SPD-Antrag nicht richtig gelesen zu haben. Zwar werde festgestellt, wegen der wenig familienfreundlichen Politik des Bundes sei das Land gefragt, Landeserziehungsgeld aber abgelehnt. Zu den Instrumenten, die die Rückkehr in den Beruf erleichterten, gehöre Teilzeitarbeit, da gebe es große Nachfrage von Frauen. Sie werde fast nur in geringqualifizierten Beschäftigungen angeboten. Daran könne man etwas ändern. Das befristete Arbeitsverhältnis sei als Mittel gegen längere Arbeitslosigkeit eingeführt worden. Es sei erfolgreich und habe die Beschäftigung auf eine Rekordhöhe gebracht. Es habe sich als Einstieg in Dauerarbeitsverhältnisse bewährt und werde von den Betroffenen positiv beurteilt. Mißbrauch müsse allerdings bekämpft werden.

Andreas Reichel (F.D.P.) bezeichnete den SPD-Antrag als Eintopfversion der Anliegen der Frauenförderung. Das Erziehungsgeld des Bundes werde auf die Rentenversicherung angerechnet, das ver helfe zum neuen Rollenbild des Familienmannes. Weitere Vorurteile müßten über Männerberufe abgebaut werden. Frauen könnten sehr wohl erfolgreich in Metall- und Elektroberufen sein. Mit Quoten auch für die Wirtschaft wolle die SPD die Gesellschaft durchregulieren. Rechtspositionen seien manchmal kontraproduktiv. Die F.D.P. wolle mehr Beweglichkeit. Auch eine intelligenterere Tarifpolitik sei gefragt. Freiwillige Regelungen von Unternehmen seien zu begrüßen. Landtagsdebatten darüber seien unnötig. Der neue Ladenschluß sei ein Stück reale Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Fortsetzung Seite 6

Fraktionen und Landesregierung bekennen sich zum Auftrag der Bundeswehr

Bei aller Kritik am Frankfurter Urteil ist Unabhängigkeit der Gerichte zu wahren

„Friedensauftrag der Bundeswehr“ lautete das Thema eines Antrags der CDU-Fraktion (Drs. 10/4844), über den am 15. November der Landtag zusammen mit zwei Entschließungsanträgen von SPD (Drs. 10/4861) und F.D.P. (Drs. 10/4863) debattierte. Hintergrund der Diskussion war das noch nicht rechtskräftige Urteil eines Frankfurter Gerichts, daß die Äußerung eines Arztes, Soldaten seien „potentielle Mörder“, nicht bestraft hatte, obwohl das Gericht in dieser Äußerung den Tatbestand der Beleidigung erfüllt sah. — In direkter Abstimmung wurde der CDU-Antrag abgelehnt und die Anträge der beiden anderen Fraktionen angenommen.

Peter Bensmann (CDU) nannte die Auffassung des Gerichts nicht haltbar, das Recht auf freie Meinungsäußerung sei höherwertig als das Recht auf Schutz vor Ehrabschneidung, Beleidigung und Intoleranz. Als ehemaliger Soldat fühle er sich wie alle anderen Soldaten zutiefst beleidigt. Das Urteil habe eine nicht zu unterschätzende psychologische Wirkung auf die Bevölkerung: Es führe zu Unfrieden und Zweifel an der Objektivität der Gerichte und es schaffe „weiteres Hetzpotential gegen die Soldaten der Bundeswehr“; darum sei es unverantwortlich. Das Gericht habe sich offenbar nicht an die Auffassung des Bundesgerichtshofs gehalten, daß scharfe und polemische Formulierungen zwar gelten lasse, nicht jedoch Beschimpfungen, Schmähungen und Diffamierungen. Mord sei vorsätzliches Töten aus niedrigen Beweggründen, die Bezeichnung „Mörder“ gehöre zum Schlimmsten, was man über einen Menschen sagen könne. Das Grundgesetz garantiere die Würde des Menschen: „Dieser Rechtsanspruch auf Würde und Ehre gilt auch für jeden einzelnen Soldaten, der in der Bundeswehr seinen Friedensauftrag erfüllt“, stellte Bensmann fest und meinte, viele Soldaten fühlten sich in einer solchen Lage von den Politikern alleingelassen. Da müsse man Flagge zeigen, darauf hätten die Soldaten einen Anspruch. Die Anträge von SPD und F.D.P. enthielten nicht das klare und eindeutige Bekenntnis zur Bundeswehr; „sie ziehen sich feige auf Rechtspositionen zurück“.

Dr. Diether Posser (SPD) stellte fest: „Es bedarf keiner näheren Erläuterung, daß der Satz ‚Alle Soldaten sind potentielle Mörder‘ ehrverletzend ist“. Unterschiedlich sei jedoch die Bewertung des Frankfurter Urteils, das die Äußerung eindeutig als ehrverletzend bezeichnet, doch von einer Bestrafung wegen Wahrung berechtigter Interessen abgesehen habe. In einer anderen Situation — so das Gericht — könne dieselbe Äußerung durchaus strafbar sein. Im übrigen sei das Urteil noch nicht rechtskräftig und das Oberlandesgericht habe darüber zu befinden, ob die Vorinstanz eine zutreffende Güterabwägung vorgenommen habe. Posser: „Es geht nicht an, das noch gar nicht rechtskräftige Urteil, wie es manche Sprecher getan haben, als Schandurteil, als Skandalurteil zu bezeichnen oder gar den Vorwurf der Rechtsbeugung zu erheben.“ Wer für den Ehrenschutz der Bundeswehr eintrete, dürfe ihn auch einem Gericht nicht verweigern. Es sei nicht tolerierbar, daß die beteiligten Richter und Richterinnen einer Welle von Drohungen, persönlichen Beleidigungen und Anfeindungen ausgesetzt

seien. Hier sollte man einmal darüber nachdenken, „ob unsere Sprache im politischen Streit denn wirklich angemessen ist“. Im übrigen könnten die Soldaten darauf vertrauen, daß man sie gegen jeden Versuch, ihren Friedensauftrag verächtlich zu machen, in Schutz nehmen werde.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) betonte die Einigkeit der Landtagsfraktionen über Auftrag und Rolle der Bundeswehr; in ihrem Antrag bekenne sich die F.D.P. zu den Soldaten, die Friedensdienst erfüllen und vor Angriffen auf ihre Ehre zu schützen seien. Das könne man nicht als feigen Rückzug auf Rechtspositionen bezeichnen, unterstrich der Abgeordnete und fügte hinzu, Einigkeit sollte auch in der Frage der Unabhängigkeit der Gerichte herrschen; diese Unabhängigkeit sei zu wahren — auch um den Preis des einen oder anderen falschen Urteils. Die notwendige politische Diskussion, denen sich ein Urteil zu stellen habe, wenn rechtspolitische Fragen angesprochen werden, müsse sich an der Sache orientieren und nicht dazu führen, „daß sich ein Parlament in eine Diskussion verliert, ob ein einzelnes Urteil denn nun von dem dortigen Gericht richtig gefunden worden sei oder halbrichtig oder auch falsch“. Da liege der Grund, weshalb man



Mit großem Interesse verfolgten zahlreiche Soldaten der Bundeswehr von der Besuchertribüne des Landtags aus die Debatte zum Tagesordnungspunkt „Friedensauftrag der Bundeswehr“.

Foto: Schüler

den CDU-Antrag ablehnen müsse. Ein anderer sei, daß man keine Sonderrechte für einzelne Gruppen oder einzelne Menschen schaffen dürfe. Außerdem stimme nicht die Behauptung, nach diesem Urteil könne künftig jedermann Soldaten als potentielle Mörder bezeichnen.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) betonte, er sei der erste, der sich für die Unabhängigkeit der Gerichte einsetze. Aber ein Gericht sei nicht frei von aller Kritik, besonders wenn sein Spruch politischen und öffentlichen Charakter habe. Es gehe auch nicht so sehr um die rechtspolitische oder juristische Betrachtungsweise, sondern vielmehr um die politischen Konsequenzen, die zu ziehen seien. Die Soldaten der Bundeswehr erwarteten, daß sich die Politiker voll und ganz hinter die Bundeswehr stellten, denn sie seien es schließlich, die der Bundeswehr den Verteidigungsauftrag erteilt hätten. Dazu gehöre auch, daß sich Politiker mit anderen Positionen im politischen Bereich unmißverständlich auseinandersetzen.

Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) meinte zur CDU gewandt, es gehe ihm um die Schelte eines noch nicht rechtskräftigen Urteils; daran werde sich die Landesregierung nicht beteiligen. Es sei bisher auch in Justizministerkreisen unüblich gewesen, Gerichtsurteile zu kommentieren, „erst recht nicht, wenn sie nicht rechtskräftig sind und aus anderen Ländern stammen“. Die Landesregierung habe stets unterstrichen, „daß unsere Soldaten Bürger in Uniform sind“. Man habe sich zur Bundeswehr und ihrem Verteidigungsauftrag bekannt. Dennoch bedauere es die Landesregierung, „daß die für alle Bürger existentielle Frage nach der Sicherung des äußeren Friedens, wie der vom Frankfurter Landgericht beurteilte Fall zeigt, in einem Stil diskutiert wird, der nach unserer Auffassung zur Störung des inneren Friedens führen kann“.

Frau und Beruf...

Fortsetzung von Seite 5

Anne Garbe (SPD) meinte, die Geringfügigkeitsgrenze im Bonner Beschäftigungsförderungsgesetz wäre nicht zustande gekommen, wenn Frauen mitverhandelt hätten. Der SPD-Antrag Frau und Beruf berücksichtige, daß es bei freier Entscheidung für die Familie keine Probleme gebe, wohl aber bei Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nach dem Gesamtleistungsprinzip in der Bonner Rentenreform hätten Frauen noch weniger die Chance, zu einer vernünftigen Rente zu kommen. Mindestrente solle es erst nach 35 Jahren geben, nicht mehr wie bisher nach 25 Jahren. Eine flächendeckende bedarfsgerechtere und wohnortnahe Kinderbetreuung und -förderung sei unerlässlich für eine gerechtere Arbeitsteilung. Für 1990 seien 16 000 neue Kindergartenplätze vorgesehen, doppelt so viele wie im Regierungsentwurf, das habe der Familienausschuß beschlossen. Fünf Tage Elternurlaub seien zu wenig. Die Beratungsstellen Frau und Beruf würden auch von der Mikat-Kommission für notwendig gehalten.

Aktuelle Stunde

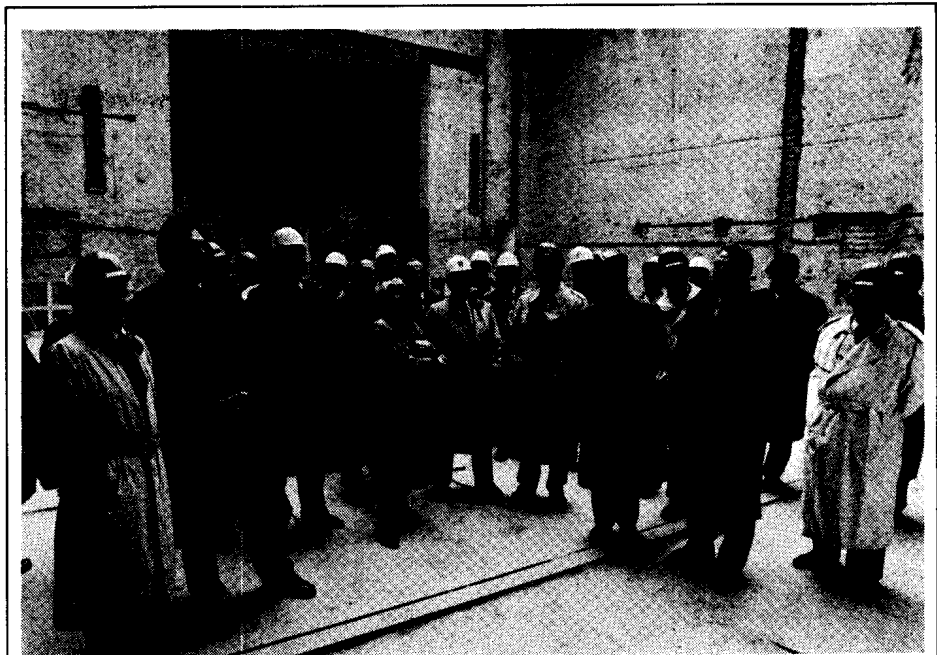
Sozialcharta: Sorge um Rechte der Arbeitnehmer im künftigen Europa

In einer Aktuellen Stunde am vergangenen Donnerstag hat der Landtag auf Antrag der SPD-Fraktion über die Arbeitnehmerrechte im künftigen Europa diskutiert. Die SPD hatte bereits im Thema die beiden Positionen festgemacht: Einklagbare Arbeitnehmerrechte oder eine Unverbindliche Europäische Sozialcharta entsprechend den Äußerungen des Bundesarbeitsministers Dr. Norbert Blüm zur Sozialcharta und zu den Vorwürfen des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Loke Mernizka (SPD) sagte, aktueller Anlaß sei, daß man nicht mehr sicher sei, ob die Bundesregierung, vertreten durch den Bundesarbeitsminister, in Brüssel die richtigen Worte finde und die richtige Durchsetzungsfähigkeit habe, um die Forderungen, die aus der Bundesrepublik an Europa, an den europäischen Binnenmarkt gestellt würden, durchzusetzen. Je näher das magische Datum 1992 rücke, desto mehr müßten die Regierungen jetzt zur beschleunigten Verwirklichung der sozialen Grundrechte verpflichtet werden. Nur dann könne die Umsetzung in nationales Recht bis zur Verwirklichung des Binnenmarktes garantiert werden. Mernizka erinnerte daran, eine Reihe von Fragen wie Mitbestimmung, Kündigungsschutz oder Regelung der Arbeitsentgelte seien von Blüm nicht eingebracht worden.

Hermann-Josef Arentz (CDU) meinte dagegen, kein anderer als Helmut Kohl habe auf dem Gipfel in Hannover vor gut einem Jahr das Thema Sozialraum Europa überhaupt erst zum Thema gemacht. Nur bei der europäischen Sozialcharta, die von der französischen Präsidentschaft immer wieder gefordert worden sei, sei von vornherein klar gewesen, daß sie eine zwar feierliche, aber unverbindliche Erklärung sein sollte. Weil dem so sei, habe man über die Verabschiedung der Sozialcharta hinaus gehandelt. Auf der zweiten nationalen Europakonferenz im August habe man sich auf neun Themen geeinigt, darunter Schutz von Kindern und Jugendlichen, Mutterschutz und Arbeitsvermittlung. Diese neun dringlichsten Punkte wolle die Bundesregierung in Europa konsensfähig machen.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) betonte, es sei nachweislich falsch, daß die Bundesregierung fahrlässig oder auch vorsätzlich Arbeitnehmerrechte aufgegeben habe. Es bestehe natürlich die Gefahr, daß über den Export arbeitsrechtlicher Wettbewerbsvorteile von den Niedriglohn- in die Hochlohnländer soziale Errungenschaften hier verlorengingen. Dafür müsse man eine politische Lösung finden, die auf die Akzeptanz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern stoße. Man könne aber nicht davon ausgehen, daß etwa in der Frage der Mitbestimmung das deutsche Recht ungeschmälert übernommen werde. Im übrigen würden die deut-



Einen Blick in das ausgeräumte Ständehaus, den ehemaligen Sitz des Landtags, warfen die Mitglieder des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen (Vorsitzender Erwin Pfänder, SPD), begleitet und informiert von Vertretern der Staatshochbauverwaltung. Seit dem letzten Besuch des Ausschusses sind Bestandsaufnahme und Sicherungsmaßnahmen weiter fortgeschritten, so wurde im ganzen Haus der Putz von den Wänden geklopft, die alte Installation ausgeräumt und das Gründungsgeschoß freigelegt. Am Beispiel des ehemaligen Plenarsaals — auf dem Bild hat sich die Besichtigungsgruppe dort versammelt — wurde deutlich, daß die nicht immer fachmännisch ausgeführten Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen schon im ausgehenden 19. Jahrhundert begannen und noch in jüngster Zeit wenig Rücksicht auf die statischen Verhältnisse genommen wurde: Als Beispiel wurden die beiden in die Wand geschnittenen Nischen für Lautsprecher (im Hintergrund) genannt, die die Wände an einer Stelle zusätzlich geschwächt haben, wo sich die Lasten besonders drängen. — Der Ausschuß wird sich weiter über die Schritte beim Umbau des Ständehauses zum Sitz des Ministerpräsidenten des Landes NRW auf dem laufenden halten.

Foto: Schüler

schen Gewerkschaften noch einen schmerzhaften Lernprozeß durchmachen müssen.

Jürgen Jentsch (SPD) schloß, die Worte des Bundeskanzlers reichten nicht aus, man brauche Taten. „Gerade weil wir wissen, daß die jetzige Bundesregierung schwere Einschnitte in die Sozialgesetzgebung vorgenommen habe, führen wir heute diese Debatte, auch um weiteren Sozialabbau, weitere Verschlechterung der hier beschäftigten Arbeitnehmer zu verhindern.“ Er habe keinerlei Verständnis dafür, daß der Bundesarbeitsminister und ehemalige Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse die Mitbestimmungsfrage noch nicht einmal auf den europäischen Tisch lege.

Nationale Politik

Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) sagte zur Umsetzung des Binnenmarktprogrammes, das soziale Europa stehe nach 30 Jahren europäischer Integration immer noch auf dem Papier. Ohne weitere konkrete Schritte sei die Sozialcharta tatsächlich soziale Tünche. Zu den neun Punkten nannte Heinemann die „Knackpunkte“, die herausgefallen seien: so der Punkt „Kündigungsschutz und befristete Arbeitsverträge“ oder Schutz der Teilzeitschäftigen.

Christa Thoben (CDU) unterstrich, eine Sozialpolitik auf europäischer Ebene mit der Brechstange werde nicht klappen. Seriös sei es, sich — vom hohen sozialen Niveau aus-

gehend — auf schrittweise Verbesserungen durch intensive Gespräche mit anderen interessierten sozialen Gruppen in der Bundesrepublik und auch mit Gewerkschaften in anderen europäischen Ländern einzulassen. Wegen der großen Vielfalt in Europa, werde man, gerade was Regelungen angehe, in großem Umfang die Sozialpolitik noch viele Jahre lang als nationale Politik erleben.

Hermann Jansen (SPD) erklärte, noch könnten sich die EG-Kommission und die nationalen Regierungen entweder für ein Europa des geregelten Miteinanders oder für ein Europa vieler offener sozialer Konflikte entscheiden. Die Arbeitnehmer in Europa seien sehr wohl der Auffassung, daß sie auch in einer Sozialcharta Grundrechte haben müßten.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) kritisierte, daß dem sozialpolitischen Bereich nicht ausreichend Rechnung getragen werde. Es sei nicht in Ordnung, daß gerade dieser Bereich, in dem die Bundesrepublik einiges aufzuweisen habe, dem Bundesarbeitsminister nur eine Stippvisite in Brüssel wert sei und nicht mehr.

Minister für Bundesangelegenheiten Günther Einert (SPD) berichtete, der Kommissionsentwurf für die Sozialcharta sei unter tätiger Mitwirkung der Bundesregierung immer weiter ausgedehnt worden und entgegen den Erklärungen des Bundeskanzlers enthalte der Blümsche Neun-Punkte-Katalog kein Wort zur Sicherung der Arbeitnehmermitbestimmung. „Kein Wort!“

Fortsetzung Seite 8

Nachtrag für stabile VRR-Basis und endgültige THTR-Stillegung



Kontroverse über langfristige Bindung: v.l. Finanzminister Heinz Schleußer (SPD), Hartmut Schauerte (CDU), Reinhold Trinius (SPD) und Wolfram Dorn (F.D.P.)
Fotos: Schüler

Der Landtag hat nach dritter Lesung das Dritte Nachtragshaushaltsgesetz 1989 in der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses (Drs. 10/4801 und 10/4846) verabschiedet. Der Nachtrag soll nach den Worten von Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) die haushaltsmäßigen Voraussetzungen für die Vertragsunterzeichnung im Rahmen der Neustrukturierung des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr und die geordnete endgültige Stillegung des Hochtemperaturreaktors in Hamm-Uentrop schaffen.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) erläuterte auf den VRR eingehend, da die Übernahme der Infrastrukturkosten durch den Zweckverband bei Beginn des Systems für die kommunalen Haushalte nicht so deutlich eintrete, beabsichtige das Land, sich an der Finanzierung des Verkehrsverbundes für die Vertragszeit von 1990 bis 1999 in Form einer Übergangs- und Strukturhilfe in Höhe von 119 Millionen Mark jährlich zu beteiligen, das heiße insgesamt mit 1190 Millionen Mark. Zum zweiten Punkt des Nachtrags erklärte der Minister, die Hochtemperatur-Kernkraftwerks GmbH-HKG als Betreiberin habe am 29. September 1988 das Kraftwerk vorläufig außer Betrieb genommen. Das Ergebnis weiterer Verhandlungen sei gewesen, den THTR 300 sofort stillzulegen. Die Ergebnisplanung der HKG weise zum 1. September 1989 eine Kapitalunterdeckung von 280 Millionen Mark aus. Übereinkunft bestehe, daß das Land 61 Millionen Mark dieses Fehlbetrages übernehme. 1990 seien 21 Millionen, in den beiden darauffolgenden Jahren jeweils 20 Millionen Mark fällig.

Hartmut Schauerte (CDU), finanzpolitischer Sprecher, fragte, wie verlässlich sei Technologiepolitik im Land NRW bei großtechnischen Anlagen überhaupt zu betreiben. Auf die Linie der SPD hätten sich Investoren mit Milliardenbeträgen verlassen. Bis zum sicheren Einschluß habe das Land 663 Millionen Mark für diese Glanzleistung an Unzuverlässigkeit auf den Tisch zu legen. Zum Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und der Festlegung von 1,251 Milliarden Mark sagte

der Finanzexperte, man habe haushaltsrechtlich starke Bedenken gegen eine so langfristige Bindung des Haushaltsgesetzgebers.

Reinhold Trinius (SPD) sagte, es sei richtig, alle hätten an die Atomenergiepolitik große Hoffnungen geknüpft. Vieles aber habe sich geändert: das Bewußtsein der Menschen, die Erfahrungen mit der Kernenergie. Er stellte richtig, es sei der Betreiber gewesen, der dazu aufgefordert habe, eine Auslaufphase für den Hochtemperaturreaktor zu akzeptieren. Was den VRR betreffe, so glaube man, ihn auf eine langfristig gesunde Basis stellen zu können.

Wolfram Dorn (F.D.P.) sagte, man werde sich an eine Vereinbarung aller Fraktionen in den zuständigen Gremien halten und dem Gesetzentwurf zustimmen.

Wirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen (SPD) berichtete: „Wir hatten alle beim THTR große Hoffnungen.“ Er mache jedoch keinen Hehl daraus, daß diese großen Erwartungen nicht eingetreten seien. Im übrigen sollte hier nur ein Leistungsversuchsbetrieb durchgeführt werden. Die Hoffnungen, was die Kohleveredlungsnutzung angehe, hätten sich nicht eingestellt.

Aktuelle Stunde...

Fortsetzung von Seite 7

Hermann-Josef Arentz (CDU) meinte dagegen, bei der Frage der Mitbestimmung habe es auf der nationalen Konferenz keinen Konsens für eine rechtlich verbindliche Erklärung zwischen den deutschen Sozialpartnern, den Tarifparteien gegeben, und es gebe darüber hinaus keinen Konsens in den europäischen Gewerkschaften.

Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) sagte zu den Ausführungen der Opposition, sie fordere das soziale Dumping heraus. „Wir werden ihre Politik im Abschieben auf Europa nicht mitmachen.“

„Zum Konsens im Wohnungsbau zurückkehren“

Die Verschärfung der Wohnungssituation im Lande war Gegenstand einer Aktuellen Stunde am 17. November, die von der CDU beantragt worden war.

Hubert Doppmeier (CDU) wies auf den unsinnigen Umstand hin, daß vom Landeswohnungsbauminister bereitgestellte Mittel vor allem von den Großstädten nicht rasch und vollständig in Bauaufträge umgesetzt würden. Immer noch seien die Anschluß-Eigentumsförderungsrichtlinien vom Ministerium nicht bekanntgemacht worden, das führe zur Unsicherheit bei den Bauherren, die deswegen Maßnahmen aufschöben. Das Land, so Doppmeier weiter, solle endlich seine Skepsis in Richtung Bonn aufgeben: Der Bund habe die Förderungsmittel erhöht und die fürs kommende Jahr vorgesehenen Gelder schon jetzt zur Verteilung freigegeben, damit der Baubeginn vorgezogen werden könne. Anders das Land, es ziehe sich auf „formelle Positionen“ zurück, wenn es verlange, daß zuvor erst eine Verwaltungsvereinbarung getroffen und die Mittel in den Bundeshaushalt eingestellt werden müßten. Die Bundesregierung und andere Länder handelten schnell, während die Landesregierung die Situation bejammere und in den letzten zehn Jahren die Zahl der geförderten Wohnungen drastisch reduziert habe.

Volkmar Schultz (SPD) hielt nichts von Polemik und Vorwürfen: Er könne viele Vorwürfe dagegenhalten, etwa daß der Bund 1986 die Förderung des sozialen Wohnungsbaus auf Null gebracht habe, aber „von Polemik entsteht keine einzige Wohnung“. Die Menschen erwarteten kein parteipolitisches Hickhack, sondern daß die Politiker mit den auftretenden Problemen fertigwerden. Schultz forderte die Rückkehr zum Konsens in der Wohnungsbaupolitik zwischen Parteien, Ländern und Bund. Das sei möglich, wenn man sich darüber verständige, daß mittelfristig, etwa für zehn Jahre, weiterhin sozialer Wohnungsbau erforderlich sei, daß zur Sicherung von Kontinuität und Sicherheit verlässliche Rahmenbedingungen für den freifinanzierten Wohnungsbau geschaffen werden und daß bei der Eigentumsförderung die große Differenz zwischen direkter und indirekter Förderung angeglichen werde.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) regte in der jetzigen Lage an, in den Gemeinden und Städten „Bauforen“ einzurichten, bei denen sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen. Es hapere derzeit vor allem am Mangel an baureifen Grundstücken in den Gemeinden, in den Baubewilligungsbehörden fehlten jetzt die Beamten, die man in der Vergangenheit für andere Aufgaben abgezogen habe. Zu Verzögerungen führten aber auch zahlreiche Vorschriften, die vorübergehend außer Kraft gesetzt werden könnten. Das Ministerium komme mit wichtigen Ausführungsbestimmungen nicht über, was zu weiteren Unsicherheiten führe. Verschärft werde die Situation noch durch den Mangel an Arbeitskräften am Bau. Hier sollte der Staat auf Baumaßnahmen für Verwaltungsbauten verzichten, um zusätzliche Kapazitäten für den Wohnungsbau freizumachen.

Opposition: Gegliedertes Schulsystem im Lande ist für SPD nur „Übergangslösung“

Im Rahmen einer von der F.D.P. beantragten Aktuellen Stunde hat sich der Landtag am 15. November mit der Schulpolitik der Landesregierung beschäftigt. Hintergrund dieser Debatte bildeten dabei Verlauf und Ergebnis des Bildungskongresses der SPD am 22. Oktober 1989 in Velbert.

Rudolf Wickel (F.D.P.) unterstrich, die F.D.P. wolle endlich vom Ministerpräsidenten Klarheit darüber erhalten, „wohin denn nun wirklich der schulpolitische Kurs der Landesregierung führen wird“. Die Öffentlichkeit habe einen Anspruch darauf zu erfahren, „ob Sie den Weg der schleichenden Auszehrung des gegliederten Schulsystems bei fortgesetzter Bevorzugung der Gesamtschulen mitgehen, oder ob Sie es ehrlich meinen mit der Berücksichtigung eines ungeteilten Elternwillens auf der Grundlage fairer Wettbewerbsbedingungen aller Schulformen“. Dieser Kern des Schreibens des Fraktionsvorsitzenden Rohde sei nicht erfüllt worden, bemängelte Wickel und warf der SPD vor, sie glaube, die Gesellschaft über die Schule verändern zu können; dabei habe sich das gegliederte Schulsystem bewährt. Ohne einen wissenschaftlichen Nachweis in Händen wolle man dagegen ein anderes System setzen. Was heute als Gesamtschule „verkauft“ werde, das seien „umgewandelte Hauptschulen, bei denen die Schülermischung nicht mehr stimmt, bei denen von Integration überhaupt nicht mehr gesprochen wird“.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) befand: „Der Nachrichtenwert dieser Aktuellen Stunde ist gleich Null.“ Dem Versuch der F.D.P., „Unsinn an Unsinn zu reihen in der Hoffnung, damit etwas Neues zu erzeugen“, könne er (Schwier: „Ich weiß nicht, zum wievielten Male“) nur die Darstellung des schulpolitischen Kurses der Landesregierung entgegensetzen. Gesamtschulen würden niemanden aufgezungen, es bleibe bei der Gleichberechtigung von Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule; beim Elternwillen werde man „nicht ein Jota von dem abweichen, was jetzt Rechtslage und politische Praxis ist“. Die Gesamtschule als eine Schule im Aufbau und in Expansion brauche aber relativ viele zusätzliche Lehrer, wenn sie den Stand erreichen wolle wie die schon lange existierenden Schulen. Der Minister: „Es gibt keinen neuen Kurs; die Landesregierung wird aber Kurs halten. Der ist jetzt und in Zukunft gerichtet auf Vielfalt, Qualität und Chancengleichheit.“

Herbert Reul (CDU) machte in Velbert zwei verschiedene Veranstaltungen aus: „Morgens für die Wähler und fürs Fernsehen und nachmittags die wahre Bildungspolitik der SPD.“ Diese „Doppelstrategie“ solle kaschieren, was die SPD wirklich wolle: „Ein einheitliches integriertes Schulsystem für alle Kinder — Grundschule, danach die Gesamtschule, dann Oberstufenzentren oder Kollegschulen.“ In Wahrheit sei auch das Nebeneinander von gegliedertem und integriertem System nur befristet, eine Übergangslösung. Es stehe fest, daß Sozialdemokraten, für die Demokratie und Sozialismus nach eigenem Bekunden untrennbar seien, mit Schule Gesellschaft verändern

Regierung: Elternwille muß auch bei Entscheidung für Gesamtschule gelten



Schulpolitik in der Kontroverse (v.l.n.r.): Rudolf Wickel (F.D.P.), Minister Hans Schwier (SPD), Herbert Reul (CDU) und Hans Frey (SPD).
Fotos: Schüler

möchten. Ihr Ziel sei die Einheitsschule, während die CDU von einem ganz anderen Menschenbild ausgehe, das von der Würde, der Einzigartigkeit und Besonderheit des einzelnen ausgehe und darum eine andere Bildung und Erziehung verlange. Reul: Während in der DDR Millionen Menschen für die Menschenrechte auf die Straße gingen, „möchte ich daran erinnern, daß Einheitspartei, Einheitsgewerkschaft, Einheitschule gar nicht die Wünsche der Menschen in dieser Zeit treffen“.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) entgegnete, die Landesregierung halte die Gesamtschule für die vorzugswürdige Schulform: „Ich habe aber nie einen Zweifel daran gelassen, daß ich es für einen ganz großen Erfolg hielte, wenn wir in absehbarer Zeit dazu kämen, daß endlich alle Eltern Elternrecht wahrnehmen können — und zwar nicht nur im Blick auf das Gymnasium, sondern auch im Blick auf die Gesamtschule und umgekehrt.“ Der Opposition warf er vor, sie reklamiere das Elternrecht zugunsten bestehender Schulen: „Wann fangen Sie an, es für die Schulform zu reklamieren, die viele nicht erreichen können, nämlich für die Gesamtschule?“ Für ihn würde es ein Erfolg, wenn es statt des dreigliedrigen ein viergliedriges Schulwesen im Lande gäbe, „in dem die Gesamtschule ihren gleichberechtigten und ihren dann auch angemessen ausgestatteten Platz hat“.

Hans Frey (SPD) meinte, eine Bestandsaufnahme ergebe, in NRW sei ein derart vielfältiges Bildungswesen vorhanden, „daß es sich nicht nur in Europa, sondern in der Welt sehen lassen kann“. Darauf könne man stolz sein. Zu Reformen im Bildungsbereich sage die SPD ja, „weil es im Interesse der Menschen ist, eine Anpassung sowohl inhaltlicher als auch organisatorischer Art an die jeweiligen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen zu erreichen“. Es sei eine „Frechheit“, die Kampagne mit dem „Ammenmärchen von irgendwelchen sozialistischen Umerziehungsprogrammen“ fortzusetzen.

Joachim Schulz-Tornau (F.D.P.) diagnostizierte „eine Art von Schizophrenie“ zwischen dem, was sozialdemokratische Bildungspolitiker verlauten lassen und dem, was dann im Landtag beschwichtigend erklärt werde. Die Behauptung der Opposition, in NRW gebe es eine schleichende Tendenz zur Förderung der Gesamtschule und zur Benachteiligung des gegliederten Schulwesens, werde in vielen Aussagen und Papieren sozialdemokratischer Bildungsexperten gestützt.

Dr. Manfred Dammeyer (SPD) hielt daran fest, daß Bildungspolitik nicht stehenbleiben könne, sondern reformerische Absichten diskutiert und umgesetzt werden müssen. Der Elternwille entscheide, das Kind nicht nur auf Realschule, Gymnasium und Hauptschule, sondern eben auch auf eine Gesamtschule schicken zu können. Es gebe einen Zusammenhang zwischen äußerer und innerer Schulreform „und ganz selbstverständlich gehört das auch als Teil der Gesellschaftspolitik ernstgenommen“.

Beatrix Philipp (CDU) nannte die Aktuelle Stunde ein Spiegelbild des Velberter Kongresses: „Der Herr Ministerpräsident hält eine Rede, in der er seine Genossen warnt, entschwindet dann und bekommt gar nicht mehr so richtig mit, was seine Bildungsideologen dann anschließend ausführen.“ Die SPD solle die Wahrheit sagen, warum sie eine Gesamtschule als einzige Schulform wolle, „obwohl es nach wie vor keinen Beweis dafür gibt, daß das Gesamtschulsystem inhaltlich besser ist“.

Wahl in Niedersachsen zeitgleich mit NRW

In Niedersachsen wird am 13. Mai 1990 ein neues Landesparlament gewählt — zeitgleich mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Diesen Termin beschloß das Kabinett in Hannover.



Dem Vorsitzenden der F.D.P.-Fraktion im Landtag, Dr. Achim Rohde (l.), ist vom Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen worden. Landtagspräsident Karl Josef Denzer (r.) überreichte in einer Feierstunde den Orden. Bei der „Ehrung eines verdienten Landtagskollegen“ führte der Präsident aus, Rohde sei seit Mai 1985 Mitglied des Landesparlaments. Hier nehme er als Vorsitzender der F.D.P.-Fraktion sowie als ordentliches Mitglied im Ältestenrat, im Hauptausschuß sowie im Ständigen Ausschuß gemäß Artikel 40 der Landesverfassung herausragende parlamentarische Führungsfunktionen wahr. Dr. Rohde, seit 1961 Mitglied der F.D.P., gehöre seit 1972 dem Vorstand des F.D.P.-Bezirksverbandes Düsseldorf an. 1978 sei er auch in den F.D.P.-Landesvorstand gewählt und 1986 Mitglied des F.D.P.-Bundesvorstandes geworden. Der Präsident verwies bei seiner Laudatio ferner darauf, von 1975 bis 1983 habe Rohde als Regierungspräsident in Düsseldorf gewirkt. Er sei darüber hinaus außerhalb des engeren politischen Spektrums ehrenamtlich im Deutschen Roten Kreuz engagiert sowie Mitglied der „Haifa Foundation Deutschland“, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit sowie der Sarvodaya Bewegung Düsseldorf, die das Ziel habe, Hilfe für die Dritte Welt zu leisten. Foto: Schüler

Fraktionen sind uneins über die Zahl der zusätzlichen Stellen für Lehrer

Zu einer heftigen Geschäftsordnungskontroverse kam es zwischen Regierungsfraktion und Oppositionsfraktionen im Ausschuß für Schule und Weiterbildung am 8. November. Entgegen der ursprünglichen Absicht konnte der Ausschuß seine Haushaltsberatungen nicht abschließen, weil sich die SPD-Fraktion nicht in der Lage sah, Änderungsanträge einzubringen. Die Beschlußfassung wurde auf den 29. November vertagt.

Für die SPD-Fraktion bat Herbert Heidtmann um Verständnis, daß seine Fraktion in einigen Punkten noch Beratungsbedarf habe. Er kündigte an, die SPD-Fraktion werde weitere 150 Stellen für den Vertretungsunterricht im Falle von Erziehungsurlaub beantragen. Damit werde das gesamte Einstellungskontingent 1990 auf 2680 Stellen angehoben. Darüber hinaus werde derzeit noch erwogen, eine Zuschlagsrelation für Aus- und Übersiedler an Realschulen und Gymnasien einzuführen und für die Ersatzschulen Mittel für etwa 200 Lehrstellen auszuweisen. Im Weiterbildungsbereich habe, so Heidtmann, die SPD-Fraktion bereits beschlossen, die Zuschüsse pro Unterrichtsstunde von bisher 35 auf 37,50 Mark zu erhöhen und die Zahlung einer Teilnehmerpauschale von drei Mark einzuführen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion, Herbert

Reul, kritisierte massiv, daß die Hinhaltetaktik der SPD-Fraktion eine ordnungsgemäße Haushaltsberatung im Ausschuß behindere. F.D.P.-Sprecher Rudolf Wickel beanstandete, daß Kultusminister Hans Schwier bisher an keiner Haushaltsberatung des Ausschusses selbst teilgenommen habe.

In der Sache beantragte die CDU-Fraktion, 3000 Neueinstellungen für 1990 vorzusehen. Reul begründete dies damit, daß 1990 etwa 3000 Lehrer pensioniert würden und insofern durch die Regierungspläne noch nicht einmal der Stellenabbau gestoppt werde. Er wies darauf hin, daß wöchentlich 300000 Unterrichtsstunden im Lande ausfielen und im Ländervergleich NRW 18000 Lehrer einstellen müßte, um den Stand von Baden-Württemberg zu erreichen. Hinzu käme noch der zusätzliche Bedarf wegen der Verlängerung des Erziehungsurlaubs, dem großen Zustrom von Aus- und Übersiedlern und der Arbeitszeitverkürzung. Reul forderte einen Stopp der Rotstiftpolitik, der seit 1981 etwa 15000 Lehrerstellen zum Opfer gefallen seien.

Demgegenüber stellte für das Kultusministerium Ministerialdirigent Günther Steinert klar, daß NRW in den Jahren 1984 bis 1990 etwa 12000 Stellen, also jährlich etwa 1700 Stellen, für Neueinstellungen und Aufstockungen von Teilzeilverträgen zur Verfügung gestellt habe. Darüber hinaus sähe allein der Haushaltsentwurf 1990 vor, 6896 Stellen,

die mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ versehen sind, dauerhaft zu sichern, so daß diese mittelfristig einstellungsrelevant sind. Einstimmig stimmte der Ausschuß der Verordnung über die Bildungsgänge in der Berufsschule zu. Inhaltliche Neuregelungen betreffen folgende Punkte:

- die Verpflichtung der Berufsschule, mit den Ausbildungsbetrieben und den für die Berufsausbildung zuständigen Stellen des Handwerks und der Industrie zusammenzuarbeiten.
- Die Berufsschule soll künftig einen eigenständigen Schulabschluß, den Berufs-schulabschluß, vermitteln. Dieser Abschluß ist je nach den Eingangsvoraussetzungen und den späteren Leistungen in der Berufsschule, dem Hauptschulabschluß oder dem Sekundarabschluß I gleichwertig.
- Für die Versetzung wird eine Regelung getroffen, die den Besonderheiten der Ausbildung im dualen System Rechnung trägt. Schließlich wird durch die Veränderung der Schüler-Lehrer-Relation, wie sie die Landesregierung durch die Ergänzung zum Haushaltsentwurf 1990 von 51 auf 45:1 vorgenommen hat, eine wesentliche Voraussetzung erfüllt, um den Unterrichtsbedarf von im Schnitt 40 Wochen zu zwölf Stunden abdecken zu können.

Kontrovers verlief schließlich wieder die Abstimmung über den Antrag der F.D.P.-Fraktion zum Ausbau der Information- und Kommunikationstechnik an den Schulen. Der Antrag aus dem Jahre 1985 (Drucksache 10/256) ist nach Ansicht der SPD-Fraktion unter Berücksichtigung des fortgeschrittenen Beratungsstandes und der Vorlage des Rahmenkonzepts des Kultusministers als erledigt anzusehen. Die SPD-Fraktion legte daher einen veränderten Antrag zur Beschlußfassung vor.

F.D.P.-Sprecher Rudolf Wickel räumte ein, daß der eine oder andere Punkt seines Antrages durch den Zeitablauf zwar überholt sei, das Anliegen des Antrages habe jedoch nach wie vor Bestand. So sei die Lehrerfortbildung noch weit von dem Ziel entfernt, alle Lehrer mit dem Rahmenkonzept des Kultusministers vertraut zu machen. Auch die Unterschiede in der Ausstattung der Schulen mit Hard- und Software seien noch nicht behoben. Vor diesem Hintergrund könne das Rahmenkonzept des Kultusministers nicht realisiert werden. Die SPD-Beschlußempfehlung trage dem nicht Rechnung, sondern gehe über dieses Rahmenkonzept hinaus, indem es andere Schwerpunkte setze.

Herbert Heidtmann von der SPD-Fraktion verteidigte die Beschlußempfehlung seiner Fraktion, weil sie den aktuellen Beratungs- und Entwicklungsstand wiedergebe.

Die CDU-Fraktion konnte den SPD-Beschlußentwurf inhaltlich nicht mittragen. So habe die Anhörung und die Informationsreise nach Bayern gezeigt, daß durchaus andere Ansätze in der kommunikationstechnischen Bildung denkbar sind, etwa eine stärkere Fachbindung.

Schließlich lehnte der Ausschuß mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU- und F.D.P.-Fraktion den F.D.P.-Antrag aus dem Jahre 1985 ab und nahm den neuen SPD-Antrag an.

Danach beschloß der Ausschuß, eine Anhörung der Schüler- und Elternverbände zu dem F.D.P.-Gesetzesentwurf zur Stärkung der Elternrechte Anfang 1990 durchzuführen.

Internationale Konferenz gerät wegen Entwicklung im Osten in Zeitprobleme

Büssow: Alte Staatskanzlei als politischer Treffpunkt Hauptausschuß einig über DDR-Fernsehen in Westkabel

Der derzeitige Sitz des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten in Düsseldorf soll nach den Vorstellungen des Sprechers der SPD-Fraktion im Hauptausschuß des Landtags, Jürgen Büssow, nach dem Wechsel des Regierungschefs und seiner Staatskanzlei in den alten Landtag (Ständehaus) ein herausragender politischer Treffpunkt werden und gleichzeitig die Aufgaben eines Gästehauses übernehmen.

Vor dem Hauptausschuß des Landesparlaments unter der Leitung seines Vorsitzenden Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) sowie des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Bernhard Worms als dessen Vertreter in der Sitzung, schlug Büssow vor, aus dem heutigen Haus des Ministerpräsidenten am Rhein ein Gästehaus der Landesregierung, des Landtages und der Landeshauptstadt Düsseldorf zu machen. Der Abgeordnete, dessen Vorschläge auf Zustimmung bei allen Fraktionen im Hauptausschuß stießen, empfahl ferner die ehemalige Villa Horion für Staatsempfänge. Darüber hinaus sollte das Gebäude in seiner neuen Funktion eine Begegnungsstätte für eine noch zu gründende interparlamentarische Gesellschaft werden, in der sich Politiker aus Bund, Land und Stadt mit Vertretern der Wirtschaft und Gewerkschaften, der Außenhandelsorganisationen, des Diplomatischen Corps und der Presse zu politischen Kontakten treffen könnten.

Büssow verwies darauf, daß dreißigmal im Jahr das Plenum des Landtags tage. Dreißigmal sollte demnach die interparlamentarische Gesellschaft zusammenkommen. Zu den Begegnungen müßten Gesprächspartner und Referenten gewonnen werden bis hin zu Staatsmännern vom Range eines Henry Kissinger. Der Abgeordnete berichtete über die Bereitschaft der Landeshauptstadt Düsseldorf, sich zu beteiligen. Der Chef der Staatskanzlei, Wolfgang Clement, fügte an, die Vorschläge für die künftige Nutzung entsprächen den Intentionen der Landesregierung.

Urheberrechtliche Probleme

In der Sitzung des Hauptausschusses stellte Vorsitzender Farthmann in einer Aktuellen Viertelstunde seinen Vorschlag zur Diskussion, das Fernsehen der DDR in das Kabelnetz der Bundesrepublik einzuspeisen. Der Chef der Staatskanzlei, Clement, machte darauf aufmerksam, die Weiterverbreitung des DDR-Fernsehens sei prinzipiell möglich. Die Landesregierung halte diese auch für erwünscht. Aber es gebe erhebliche urheberrechtliche Probleme.

Für die CDU-Fraktion stimmte Dr. Hans-Ulrich Klose dem Wunsch Farthmanns zu. Er habe mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Bernhard Worms Leipzig und Dresden besucht und dort erfahren, daß Kritik an den westdeutschen Fernsehkanälen ARD und ZDF geübt werde. Hier gehe es nur danach, was interessant sei und Unterhaltungswert habe. Die DDR-Berichterstattung



Setzte sich für Empfang des DDR-Fernsehens ein: Vorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD, 3. v.l.). Links neben ihm der Chef der Staatskanzlei, Wolfgang Clement. Foto: Schüler

in der letzten Zeit sei teilweise als objektiver empfunden worden, „als was bei uns stattfindet“. Bei weiterer Fortentwicklung der Demokratie in der DDR sei es dringend geboten, daß man hier die Berichterstattung von dort zur Kenntnis bekomme.

Der Sprecher der SPD, Büssow, freute sich, daß Klose dem Vorschlag beipflichtete. Es reiche, wenn Nachrichten und Eigenproduktionen der DDR eingespielt würden. Das vermindere auch die Kosten.

Vorsitzender Farthmann unterstrich, wenn man die Einspeisung jetzt nicht bald in Angriff nehme, habe es keinen Zweck mehr. Die Zeit sei so atemberaubend. Er bat die Staatskanzlei zu prüfen, wie der gemeinsame Wunsch vorangebracht werden

könne. Staatssekretär Clement versprach, der Ministerpräsident werde bei Gesprächen in der DDR das Problem erörtern.

Die sich überstürzenden Ereignisse in der DDR brachten ferner ein bisher unbestrittenes Projekt in die Diskussion: die geplante internationale Konferenz „Rechte der Regionen bzw. Bundesländer in der Europäischen Gemeinschaft“ im Frühjahr 1990. Professor Farthmann meldete Bedenken an, ob die Zeit für eine solche Konferenz angetan sei, wenn man nach Osten blicke. Er ließ allerdings keinen Zweifel daran, daß der Westprozeß nicht aufgehoben werde. Dennoch bewege man sich ein wenig im luftleeren Raum und könne nicht wissen, wie Europa in einem halben Jahr aussehe und möglicherweise Länder wie Ungarn, Polen und die DDR schon Anträge auf EG-Mitgliedschaft gestellt hätten.

Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde teilte die Bedenken Farthmanns. Man sollte diese Themen nicht ohne Rücksicht auf die Staaten des östlichen Europas erörtern. Der SPD-Abgeordnete Helmut Hellwig vertrat dagegen die Auffassung, die Osteuropäer hätten den Wunsch, dazugehören zum Bündnis der europäischen Völker. Er könne den Ablehnungsgrund nicht nachvollziehen. Gerade eine solche Konferenz gebe Gelegenheit, darzustellen, daß möglicherweise noch mehr Platz im freien Europa sei.

Wolfgang Clement betonte, ungeachtet der Ergebnisse in Osteuropa nehme die westeuropäische Entwicklung ihren Fortgang. Die Bundesländer könnten nicht warten, bis sie durch Entscheidungen aus Brüssel Schaden nähmen. Clement schlug vor, Vertreter osteuropäischer Staaten zu einer solchen Diskussion miteinzuladen. Der CDU-Abgeordnete und Sprecher seiner Fraktion, Dr. Ottmar Pohl, meinte hingegen, sicherlich sei die Frage der Stärkung der Länder ein Grundanliegen, nur stelle er zur Diskussion, ob man in einer solchen Umbruchsituation in dieser Frage vorpreschen solle. Sein Kollege Dr. Klose meinte, es schade nichts,

Fortsetzung Seite 12

Hauptausschuß nimmt Etat des Landtags einstimmig an

Der Hauptausschuß des Landtags hat unter seinem Vorsitzenden Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) am Mittwoch, 15. November, den Einzelplan 01 — Landtag — des Haushaltsgesetzes 1990 mit Änderungen einstimmig angenommen. Gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen von CDU und F.D.P. wurden ferner die Einzelpläne 09 — Minister für Bundesangelegenheiten — sowie 02 — Ministerpräsident und Staatskanzlei — beschlossen. Zum Schluß der Sitzung sagte der Vorsitzende auf Vorschlag des CDU-Abgeordneten Helmut Elfving zu, eine abschließende Beratung über die Baukommission des Landtags auf die Tagesordnung einer der letzten Sitzungen des Hauptausschusses in diesem Jahr setzen zu lassen. Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde bat darüber hinaus, den Abschluß der Tätigkeit der Mikat-Kommission zu beraten. Farthmann bestätigte, dies sei vorgesehen.

Alte Staatskanzlei...

Fortsetzung von Seite 11

wenn die Konferenz statt im Frühjahr erst im Herbst 1990 durchgeführt werde.

Der Minister für Bundesangelegenheiten, Günther Einert (SPD), hielt es für möglich, daß die Strategie, einer solchen Konferenz einen gesamteuropäischen und gesamtdeutschen Touch gleichzeitig zu geben, positiv sein könnte. Vorsitzender Farthmann hielt das indessen für eine „völlig andere Fragestellung“.

Der SPD-Abgeordnete Reinhard Grätz pflichtete dem Einladungsvorschlag Clements bei, äußerte indessen die Ansicht, wenn die Verhältnisse sich rasant änderten, könnte die Konferenz abseits stehen. Auch sein Fraktionskollege Helmut Kupski meinte, in der alten Form könne die Veranstaltung nicht stattfinden. In der aktuellen Situation müsse man sich dem gesamteuropäischen Gesichtspunkt zuwenden. Er plädierte gegen eine Verschiebung. Zur Veranstaltung sollten Gäste aus dem osteuropäischen Raum hinzugezogen werden. Jürgen Büssow riet, das Projekt nicht zu überfrachten. Die Fraktionen sollten noch einmal überlegen, ob, wann und unter welchen Gesichtspunkten eine solche Konferenz stattfinden könne. Büssow betonte die „Grundsatzfrage“: „Wir wollen von den Ländern her die Regionen stärken.“

Sprecher der Opposition bekräftigten weiterhin ihren Standpunkt. Klose sagte, er glaube, daß Zurückhaltung geboten sei. F.D.P.-Fraktionschef Rohde sprach sich klar für Verschiebung aus. Europa könne nicht ohne die Staaten des Ostblocks diskutiert werden. Er halte aber nichts davon, ein solches Diskussionsforum gegenwärtig zu veranstalten. Für Partnerschaften, die sich zur Zeit entwickelten, sei es verhängnisvoll, die Konferenz für das Frühjahr 1990 zu terminieren. Man habe besonderes Interesse

daran, mit den Bezirken dort in Kontakt zu kommen.

Der Direktor beim Landtag, Heinrich Großsender, bat um eine baldige Entscheidung, weil für die Veranstalter, sollte die Konferenz wie vorgesehen stattfinden, viele technische Probleme zu lösen seien.

Bei den anschließenden Haushaltsberatungen regte der Abgeordnete Hellwig an, über das Thema Rechtsextremismus zu diskutieren. Er wunderte sich, daß die Opposition keinen Unterschied zwischen Rechts- und Linksextremismus mache. Unter Hinweis darauf, daß 100 000 Mark zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in den Etat des Ministerpräsidenten eingesetzt seien, schlug er vor, die Landesanstalt für politische Bildung solle die Koordinierung der Bemühungen von Verbänden und Organisationen übernehmen. Professor Dr. Friedhelm Farthmann brachte das Problem auf den Punkt: „Es gibt keinen Zweifel, daß die Republikaner gemeint sind.“

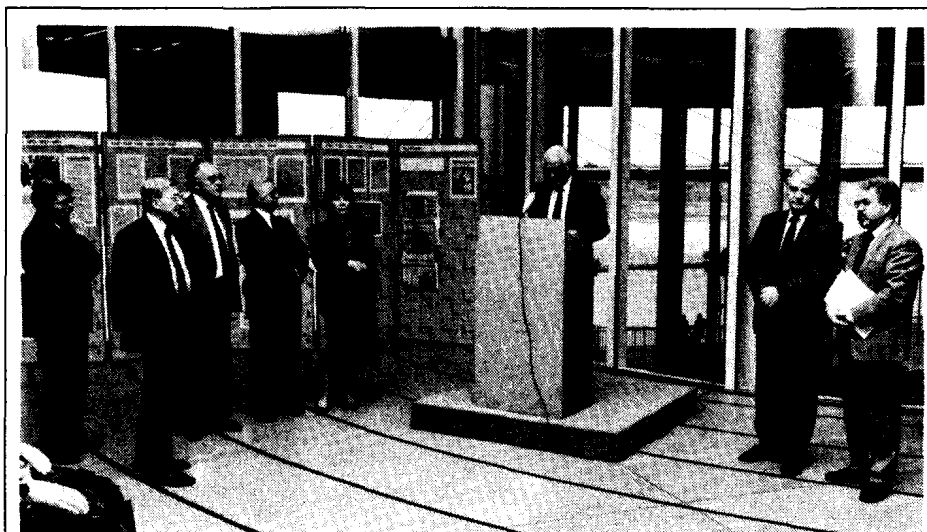
Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde entgegnete unter Hinweis auf die „Konkurrenzsituation“, es ergebe sich die Frage, ob man nicht besser auf Radikalismus abstelle, als auf eine Parteirichtung abzielen. Der CDU-Sprecher Dr. Ottmar Pohl sagte: „Selbstverständlich sind wir für Bekämpfung des Rechtsextremismus.“ Genauso müsse man aber den Linksextremismus bekämpfen. Der Abgeordnete Hellwig ließ keinen Zweifel daran, daß es um den Kampf gegen die Republikaner gehe. Es handele sich dabei um eine politische Gruppierung, die versuche, mit menschenfeindlichen Argumenten Zustimmung bei der jungen Generation zu finden. Das sei eine Sache, „die uns höchst alarmieren sollte“. Von daher müßten aus politischen, bildungspolitischen und pädagogischen Gründen junge Menschen aufgeklärt werden, was diese Art von Politik in der deutschen und europäischen Geschichte angezettelt



Erich Kröhan (SPD)

Erich Kröhan wird 65 Jahre

Erich Kröhan, SPD-Abgeordneter und Vorsitzender des Verkehrsausschusses im Landtag, begeht am 30. November seinen 65. Geburtstag. Der in Berlin geborene, gelernte Maschinenschlosser und spätere technische Angestellte ist seit 1966 Mitglied des Landtagsparlaments. Der Jubilar gehört der SPD seit 1947 an und hatte in seiner Heimatstadt Mülheim an der Ruhr viele politische Ämter inne. So war er stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Vorsitzender des Sportausschusses sowie des Planungsausschusses. Seit 1969 führt er den Stadtsportbund in der Stadt an der Ruhr. Der Sport war ihm immer auch auf Landesebene eine dringliche Angelegenheit. So hat er viele Jahre als ordentliches Mitglied im Sportausschuß des Landtagsparlaments mitgearbeitet. Erich Kröhan gibt mit dem Ende der Legislaturperiode seinen Mülheimer Wahlkreis ab. Mit ihm verläßt einer der dienstältesten und erfahrensten Parlamentarier die politische Bühne in Düsseldorf. In einem Porträt, das vor einem Jahr in „Landtag intern“ erschienen ist, hat ihm der Journalist Karl Lohaus bescheinigt, bei allen pragmatischen Zügen, die Kröhans Politik trage, sei er immer ein Mann mit Grundsätzen geblieben. Landtagspräsident Karl Josef Denzer hat Erich Kröhan am 13. November im Schloß Broich in Mülheim das vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz Erster Klasse überreicht.



Ausstellung zeigt Anfänge der Parteien

Aktenstück Nr. 1: Genehmigung der Militärregierung für die SPD. So beginnt die Ausstellung „Nordrhein-Westfalen – Kernland der Bundesrepublik“, die am 15. November im Foyer des Landtags von Landtagspräsident Karl Josef Denzer eröffnet wurde. Als Ressortchef der staatlichen Archive, aus denen die Historikerin Barbara Weishaupt den NRW-Beitrag zum 40jährigen Bestehen der Bundesrepublik Deutschland zusammengestellt hat, schlug Kultusminister Hans Schwier die Brücke zum gegenwärtigen demokratischen Aufbruch in der DDR: „Wurzeln und Hilfen der Entscheidung sind hier zu finden“, sagte er nach der Rückkehr aus Leipzig, wo viele Fragen gestellt wurden. Auf die europäische Dimension der NRW-Geschichte hatte Präsident Denzer zuvor hingewiesen: Wie der Aufbau der Bundesrepublik werde auch das Gelingen des Gemeinsamen Europa entscheidend davon abhängen, daß es von starken, selbstbewußten und solidarisch handelnden Regionen mitgetragen werde. Foto: Schüler

habe. Wer hier die Bekämpfung von Rechts- und Linksextremismus durcheinanderwerfe, verwässere die Gefahren.

Zum Abschluß der Sitzung beklagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Bernhard Worms das mangelnde Vertrauen, das der Opposition von Regierungsseite entgegengebracht werde. Er regte, auch im Sinne der gemeinsamen Aufgaben für das Land Nordrhein-Westfalen, verstärkt wechselseitige Gespräche an. Der SPD-Obmann Jürgen Büssow schloß sich dem Vorschlag an: „Wir brauchen das Gespräch.“ Er erinnerte gleichzeitig an „das mörderische Zeitproblem“ für Spitzenleute in der Politik. Staatssekretär Wolfgang Clement schloß, er habe keinen Vorbehalt gegen vertrauensvolle Gespräche.

Arbeitsausschuß beendet Etatberatung 1990/Änderungsanträge von SPD und CDU

LVA-Sprecher sind entschieden gegen eine Verlagerung der Aufsicht

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat am 8. November unter der Leitung des Vorsitzenden, Karlheinz Bräuer (SPD), seine Haushaltsberatungen des Einzelplans 07 — Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales — beendet. Die Fraktion der SPD und CDU legten dabei Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf vor.

Die SPD stellte sieben Erhöhungsanträge mit einem Gesamtbetrag von 3590 000 Mark, zwei Kürzungsanträge in Höhe von 850 000 sowie fünf Erhöhungsanträge bei den Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1 680 000 und drei Kürzungsanträge von insgesamt 910 000 Mark. Diese Anträge wurden teils einstimmig, teils mit wechselnden Stimmverhältnissen angenommen. Die Fraktion der CDU stellte neun Erhöhungsanträge in einer Gesamthöhe von 99 520 000 Mark, einen Kürzungsantrag von 100 Millionen Mark sowie einen Erhöhungsantrag bei den Verpflichtungsermächtigungen von 40 Millionen Mark. Diese Anträge wurden abgelehnt.

Besonders zu erwähnen ist, daß SPD und CDU gemeinsam beantragten, daß der Ansatz des Zuschusses an die „Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege“ von 41 025 000 Mark um 4,4 Millionen auf 45 425 000 Mark erhöht werde. Mit diesem Antrag seien nun die von der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege geäußerten Befürchtungen zu der vorgesehenen Kürzung gegenstandslos geworden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Weitere Einzelheiten der Änderungsanträge und deren Begründungen sind der Vorlage 10/2415 zu entnehmen.

Die Sprecherin der Fraktion der F.D.P. Marianne Thomann-Stahl, erklärte, ihre Fraktion habe keine Änderungsanträge zum Einzelplan 07 gestellt, weil die F.D.P. den Haushaltsplan 1990 insgesamt für ungeeignet halte, um die notwendigen Zukunftsaufgaben des Landes auch finanziell abzusichern. Dies ließe sich auch im Einzelplan 07 an einigen Stellen nachweisen. Außerdem erklärte die Sprecherin, daß sie die Anträge der Fraktion der CDU grundsätzlich begrüße. Soweit sie sie abgelehnt oder sich der Stimme enthalten habe, sei das auf die nach ihrer Ansicht fragwürdige Finanzierung zurückzuführen.

Der Einzelplan 07 — Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales — wurde unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

In derselben Sitzung hat der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge im Rahmen der Beratungen des Entwurfs eines „Gesetzes zur Errichtung des Landesversicherungsamtes Nordrhein-Westfalen“

— Drucksache 10/4646 — die Vorstände der Landesversicherungsanstalten Rheinprovinz und Westfalen angehört.

Hans-Jörg Spies und Hans-Dieter Mahlberg von der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz sowie Bernhard Kolks und Dr. h. c. Riehemann von der Landesversicherungsanstalt Westfalen wiesen in ihren Ausführungen darauf hin, daß trotz der allgemeinen bundes- und landespolitischen Zielsetzung, Bürokratie in der Verwaltungsorganisation zu begrenzen, die Errichtung einer neuen Landesoberbehörde mit dem Namen „Landesversicherungsamt“ zu rechtfertigen sei

- durch den im Gesundheitsreformgesetz vorgesehenen Übergang des sogenannten Krankenkassenprüfdienstes von den Landesversicherungsanstalten auf die Ministerien,
- durch die Eingliederung des bisherigen Obergesundheitsamtes in das „Landesversicherungsamt“ und

Landesversicherungsanstalten Rheinprovinz und Westfalen erfasste in etwa die Hälfte der gesamten Erwerbsbevölkerung des Landes; das Haushaltsvolumen der beiden Landesversicherungsanstalten mache nahezu 50 Prozent des Haushaltsvolumens des Landes aus. Das setze eine dementsprechende demokratische Legitimation auch desjenigen voraus, der die Aufsicht ausübe und damit die Mitverantwortung übernehme. Die vorgesehene Regelung weiche auch vom allgemeinen Standard ab. Aufsicht komme heute ohne Kooperation nicht aus. Kooperation setze insbesondere im Hinblick auf die vielfältigen autonomen Befugnisse der Selbstverwaltungsorgane, etwa bei der Bewältigung der Aufgaben in der beruflichen und medizinischen Rehabilitation, die häufig von besonderer landespolitischer Bedeutung und Tragweite seien, Integrationskraft und Autorität der Aufsichtsbehörde voraus. Bei der anhaltenden Dis-



Eine Delegation des Ständigen Kammerausschusses für Umweltschutz der Niederlande mit sechs Abgeordneten und einer Schriftführerin hat im Landtag Gespräche mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung, Lothar Hegemann (CDU, 6. v. l.), und dem stellvertretenden Vorsitzenden Johannes Gorlas (SPD) sowie den drei Fraktionssprechern in diesem Ausschuß über Umweltschutzanliegen geführt. Zuvor hatten die Niederländer den Tagebau Hambach der Rheinbraun AG besichtigt. Später informierten sie sich noch vor Ort im nordrhein-westfälischen Umweltministerium über das Störfallzentrum und ließen sich über Wasserwirtschaftsaufgaben sowie das Abfallwesen berichten. Foto: Schüler

- durch den verständlichen Wunsch des Ministeriums, von mehr routinemäßig zu erfüllenden Verwaltungsaufgaben entlastet zu werden, im Interesse der vorrangig wahrzunehmenden politischen Aufgaben.

Unverständlich sei jedoch die in der Zuständigkeitsverordnung vorgesehene Übertragung sämtlicher Aufsichts- und Mitwirkungsrechte hinsichtlich der Landesversicherungsanstalten auf eine dem Ministerium nachgeordnete Behörde. Dies werde der Bedeutung der zu beaufsichtigenden Aufgaben nicht gerecht und könne nicht ohne Einfluß auf das Verhältnis zwischen Aufsicht und Selbstverwaltung bleiben. Die Aufsicht werde ihrer politischen Aspekte entkleidet und künftig nur noch einen ausschließlich administrativen Zweck erfüllen.

Die Verlagerung der Aufsichts- und Mitwirkungsrechte von der Ministerialinstanz auf eine nachgeordnete Behörde relativiere auch die politischen Verantwortlichkeiten gegenüber dem Parlament, was bei dem besonderen sozial- und finanzpolitischen Gewicht der Rentenversicherung nicht zu rechtfertigen sei. Der Aufgabenbereich der

kussion um die Sicherung der Renten könne eine Delegation der Finanzaufsicht über die Landesversicherungsanstalten in der Öffentlichkeit als Rückzug der Landesregierung aus der politischen Mitverantwortung für die Rentenversicherung mißverstanden werden.

Kompetenzen der Staatsaufsicht sollten, so die Vorstände, deshalb dort angesiedelt bleiben, wo sie am wirkungsvollsten wahrgenommen werden könnten. Das sei, wie auch der Vergleich mit anderen Bundesländern zeige, die Ministerialinstanz, was nicht ausschließe, daß einzelne Prüfungsaufgaben durch das neue Landesversicherungsamt durchgeführt werden könnten. Partnerschaft mit der Staatsaufsicht habe bisher das Verhältnis zwischen Ministerium und Landesversicherungsanstalten geprägt. Es wäre die Bemühungen aller Beteiligten wert, dieses Ordnungsprinzip der Aufsicht zu erhalten und zu fördern.

Der Ausschuß kam überein, die abschließende Beratung des Gesetzentwurfs in seiner Sitzung am 29. November 1989 vorzunehmen, so daß das Gesetz fristgerecht zum 1. Januar 1990 in Kraft treten kann.

Grubenausschuß besuchte Bergwerk Westerholt in Gelsenkirchen-Buer

Betriebsgeschehen unter Tage erscheint lückenlos auf Monitor

Über die vollelektronische Überwachung sicherheitlicher und betrieblicher Vorgänge und den Streckenvortrieb mit Teilschnittmaschinen informierte sich der Ausschuß für Grubensicherheit durch Vorträge der Werksleitung und eine Grubenfahrt am 10. November auf dem Bergwerk Westerholt in Gelsenkirchen-Buer. Namens des Ausschusses würdigte Vorsitzender Willi Wessel (SPD) den hohen Standard von Arbeits- und Sicherheitstechnik unter Tage und der computergesteuerten Überwachung über Tage.

Mit dem auf dem Bergwerk Westerholt in den letzten Jahren entwickelten Rechnersystem wird der gesamte Vortriebs-, Gewinnungs- und Förderprozeß auf dem Bildschirm unmittelbar erfaßt und kontrolliert. Technische Abläufe werden zentral gesteuert sowie sicherheitlich und betrieblich überwacht. Hierzu wird eine Fülle von Informationen und Daten mittels Prozeßrechner jeweils anwenderfreundlich aufbereitet. In der Betriebswarte laufen die Daten aus dem Grubenbetrieb und aus Teilen des Tagesbetriebes zusammen. Der Betriebswart und der Hilfswart überwachen die Abbaubetriebe, die Zwischenförderung, die Ver- und Entsorgung, die wettertechnischen Einrich-

tungen einschließlich der Brandfrüherkennung. Der Zugleitwart ist ebenfalls in der Betriebswarte untergebracht. Dieses Überwachungssystem ermöglichte den Ausschußmitgliedern, auf Bildschirmen in der Betriebswarte die wichtigsten Informationen über den später zu befahrenden Teilschnittvortrieb unter Tage abzufragen. So waren bereits hier über Tage die durch eine geologische Störung bedingte verminderte Vortriebsleistung und ein momentaner Maschinenstillstand erkennbar. Vor Ort vervollständigte sich das Bild.

Störungen im Grubenbetrieb zwingen stets zu schnellem Handeln. In der Betriebswarte werden beispielsweise 10-Sekunden-Werte

für Kohlenmonoxyd, Wettergeschwindigkeit, Druck, Wettermenge an den Hauptgrubenlüftern sowie Druck und Menge in der Gasabsaugung erfaßt und daraus Einminuten-Werte gebildet. Das Überschreiten von Grenzwerten wird auf dem Bildschirm gemeldet. Gleichzeitig wird ein akustisches Signal ausgelöst. Die Ursache, etwa für den Anstieg von Kohlenmonoxyd, wird durch vor- und nachgeschaltete Messungen ermittelt. Bei einem Grubenbrand soll der Betriebswart künftig eine auf den Alarmort bezogene Fluchtwegdarstellung abrufen können. Dies soll alle fluchtrelevanten Grubenräume der Wetterabteilung, Wetterrichtungs- und Fluchtrichtungspfeile und die Sammelstelle mit Telefonnummer enthalten. Über Gegensprechanlagen werden Verhaltens- und Fluchtweghinweise in den tausend Meter unter der Erde und mehrere Kilometer entfernten Betriebsbereich gegeben.

Das Rechnersystem soll zukünftig bei festgestelltem Grubenbrand auch die automatische Alarmierung mittels vorbereiteter Tonbänder ermöglichen. Nicht nur für die Sicherheit, sondern auch für die Optimierung der Betriebsabläufe ist das System von großer Bedeutung. Der Betrieb der Maschinen und Anlagen, Füllstände von Bunkern und die Situation an den Ladestellen der Züge, der Betrieb der Bänder und vieles mehr können auf den Bildschirmen der Betriebswarte dargestellt werden. Wegen der Fülle der Informationen wird an den Einsatz eines „Dispatchers“ gedacht, der bisher im deutschen Steinkohlenbergbau noch nicht bekannt ist. Sehr erfahrene ehemalige leitende Angestellte kämen dafür in Frage. Das im Bergwerk Westerholt entwickelte und mit öffentlichen Forschungsgeldern geförderte Rechnersystem soll schrittweise auch in den anderen Betrieben der Bergbau AG Lippe, die zur Ruhlkohle AG gehört, eingeführt werden. Es wurde im Vorjahr bei einer Tagung der EG-Kommission in Luxemburg unter dem Motto „mehr Leistung durch Technologie“ als vorbildlich für moderne Betriebsführung im europäischen Steinkohlenbergbau vorgestellt.

Auf dem Bergbau Westerholt werden jährlich rund 2,3 Millionen Tonnen Fett- und Flammkohle aus 600 bis 1 000 Metern Teufe gefördert, je Mann und Schicht unter Tage 4,7 Tonnen. Die durchschnittliche Tagesförderung beträgt rund 10 000 Tonnen. Das Grubenfeld umfaßt 52 Quadratkilometer. Die größten Kohlenvorräte liegen im Baufeld Polsum zwischen Dorsten und Marl. Sie reichen noch weit bis ins nächste Jahrhundert.



Das neue Landtagsgebäude haben ehemalige nordrhein-westfälische Staatssekretäre besichtigt. Sie wurden von Landtagspräsident Karl Josef Denzer (M.) empfangen. Am Rundgang nahmen auch der ehemalige Direktor beim Landtag, Heinrich Bentrup (6. v.r.), sowie sein Nachfolger Heinrich Große-Sender (4. v.l.) teil.



Sprecher der Sinti und Roma sowie von unterstützenden Organisationen hörte der Petitionsausschuß am 14. November an. Sie verlangten einen Abschiebestopp wegen zunehmender Repressionen in Jugoslawien. Staatssekretär Riotte (Bildmitte hinten zwischen Vorsitzendem Karl Knipschild, CDU, und seinem Stellvertreter Hans Rohe, SPD) hatte eingangs die Rechtslage erläutert, wonach der Abschluß von Asylverfahren zur Abschiebung berechtige, wenn nicht schwerwiegende Gründe, etwa Gefahr für Leib, Leben und Freiheit, dagegen sprächen. Für die „gravierenden Menschenrechtsverletzungen“ gegenüber Roma und Sinti in Jugoslawien kündigte die Gesellschaft für bedrohte Völker Beweismaterial an, das der Ausschuß vor Entscheidungen über mehrere Eingaben abwarten will.

Fotos: Schüler

Für Sonnenenergie

In einer Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf 1990 informierte der Wirtschaftsminister den Ausschuß über Änderungen bei Ansätzen zur Förderung von Strukturhilfsprojekten, zur Weiterbildung von Führungskräften aus Ostblockstaaten und zur Einrichtung eines sowjetischen Wirtschaftszentrums in Düsseldorf. Für die neue Mitgliedschaft des Landes in der Sonnenenergie-Werbe-Vereinigung „Eurosolar“ sind 5 000 Mark Jahresbeitrag veranschlagt.

Mittel für 16 000 neue Kindergartenplätze

Einzigster Tagesordnungspunkt der Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie am 9. November war die abschließende Beratung des Haushalts 1990. Unter Leitung seines Vorsitzenden, Helmut Hellwig (SPD), hat der Ausschuß den 40. Landesjugendplan sowie die Kapitel „Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen“ und „Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI)“ unter Berücksichtigung einiger Änderungsanträge beschlossen.

Einstimmig angenommen wurde ein Antrag der SPD-Fraktion auf Erhöhung des Ansatzes „Bildungsarbeit im Rahmen der jugendpflegerischen Betreuung junger Soldaten und Zivildienstleistender“ sowie „Arbeitsgemeinschaften für die jugendpflegerische Betreuung junger Soldaten und Zivildienstleistender“. Ebenfalls die Zustimmung aller Fraktionen fand der SPD-Antrag zur Aufstockung im Bereich der internationalen Jugendbegegnungen um 420 000 Mark; dieser Mehrbetrag solle ausschließlich der Förderung des deutsch-polnischen Jugendaustausches dienen. Einstimmig angenommen wurden auch ein SPD-Antrag, 500 000 Mark mehr für die Finanzierung eines dringend notwendigen Jugendgästehauses in Münster vorzusehen und schließlich ein Antrag der F.D.P.-Fraktion auf Erhöhung der Förderung des Dachverbandes der Landesschülerpresse um 15 000 Mark.

Ein Antrag der SPD-Fraktion auf Erhöhung des Ansatzes für die Erprobung zukunftsweisender Initiativen im Rahmen besonderer Maßnahmen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit wurde mehrheitlich angenommen, abgelehnt dagegen wurde ein entsprechender Antrag der F.D.P.-Fraktion. Mehrheitlich abgelehnt wurden CDU-Anträge im Rahmen des Ausgleichs für Verdienstaufschlag infolge von Urlaubsgewährung nach dem Sonderurlaubsgesetz sowie zur Stärkung der ehrenamtlichen Tätigkeit der Jugendverbände im Rahmen der Bildungsarbeit. Zur Sicherstellung der Förderung von vorhandenen Einrichtungen für sozialpädagogische Hilfen für junge Menschen im Übergang von der Schule zum Beruf beantragte die CDU-Fraktion einen Mehrbetrag in Höhe von 1,5 Millionen Mark. Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt; Heinz Hilgers (SPD)

erklärte jedoch in diesem Zusammenhang, daß die SPD-Fraktion grundsätzlich auch von einem Mehrbedarf bei dieser Position ausgehe, der aber zur Zeit noch nicht abzuschätzen sei. Durch die angenommenen Anträge hat der Ausschuß insgesamt einen Mehrbetrag in Höhe von 1,48 Millionen Mark für den Landesjugendplan beschlossen.

Mehrheitlich beschlossen wurden darüber hinaus auf Antrag der SPD folgende Ansatz-erhöhungen im Rahmen der Förderung der Familienhilfe und Kinderhilfe: Für die Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatungsstellen eine Erhöhung um 200 000 Mark, für die Beratungsstellen für Familienplanung und Schwangerschaftsberatung um 1,25 Millionen Mark, für die Förderung von Investitionen in Familienbildungsstätten um 300 000 Mark sowie in Erziehungsberatungsstellen um 200 000 Mark. Der weitergehende Antrag der CDU-Fraktion auf Erhöhung des Ansatzes um insgesamt 5,5 Millionen Mark zugunsten der Beratungsstellen für Familienplanung und Schwangerschaftsberatung sowie der Förderung von Familienerholungsmaßnahmen wurde abgelehnt. Angenommen wurde ebenfalls ein Antrag der SPD auf einen Mehrbetrag in Höhe von rund 1,2 Millionen Mark zur Förderung von Einrichtungen der Familienbildung. Abgelehnt wurde ein Antrag der Fraktion der CDU auf Ausbringung eines neuen Titels in Höhe von 64 Millionen Mark, der die Zahlung eines sechsmonatigen Landeserziehungsgeldes in Höhe von 600 Mark monatlich sicherstellen sollte.

Eine finanzielle Aufstockung zur Schaffung zusätzlicher Kindergartenplätze wurde sowohl von der SPD- als auch von der CDU-Fraktion beantragt. Abgelehnt wurde der Antrag der Fraktion der CDU auf Erhöhung



Der CDU-Abgeordnete Georg-Wilhelm Mietz (r.) ist mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Landtagspräsident Karl Josef Denzer (l.) überreichte den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden. Der Präsident verwies in seiner Laudatio darauf, daß der Abgeordnete Mietz seit 1975, mit einer Unterbrechung von 1980 bis 1983, Mitglied des Landtags sei. Er habe sich durch engagierte parlamentarische Arbeit, darunter in der zehnten Legislaturperiode im Ausschuß für Innere Verwaltung sowie im Petitionsausschuß, ausgezeichnet. Georg-Wilhelm Mietz sei seit 1970 Mitglied der CDU. Seit 1981 gehöre er dem CDU-Kreisvorstand Siegen-Wittgenstein an. Außerdem sei er in den Landesfachausschuß Familie- und Jugendpolitik seiner Partei berufen worden.

des Ansatzes sowie der Verpflichtungsermächtigung um je 25 Millionen Mark. Angenommen wurde der SPD-Antrag und somit eine Ansatz-erhöhung um 10,5 und eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung um 4,9 Millionen Mark. Durch diese Aufstockung solle die Schaffung von mindestens 16 000 neuen Kindergartenplätzen im Jahre 1990 gewährleistet werden. Sämtliche Änderungsanträge sind der Beschlußvorlage 10/2416 zu entnehmen.

Ausschuß wendet sich gegen gezielte Verunsicherung der Bevölkerung

Mit dem in der Öffentlichkeit in den letzten Wochen umstrittenen Bau eines Spanplattenwerks in Brilon hat sich der Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz unter seinem Vorsitzenden Wilhelm Lieven (CDU) am 9. November auf Antrag der SPD-Fraktion befaßt. Da es sich um die derzeit umwelttechnisch modernste Anlage der Bundesrepublik mit einem Investitionsvolumen von 240 Millionen Mark und 200 neugeschaffenen Arbeitsplätzen handelt, die in einer Wirbelschichtfeuerungsanlage mit Kraft-Wärme-Kopplung Holzreste aus dem eigenen Betrieb verbrennt und dabei die Vorschriften der 1. und 4. Immissionsschutzverordnung des Bundes einhält, hielt es der Ausschuß nach eingehender Diskussion für erforderlich, mit einer von SPD und CDU gemeinsam verabschiedeten Erklärung der durch fragwürdige Gutachten geschürten Verunsicherung der Bevölkerung entgegenzuwirken.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut: „Der Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz unterstützt die Ansiedlung eines Spanplattenwerks in Brilon. Dieses Werk ist ein wichtiger Beitrag zu Stärkung der Forst- und Holzwirtschaft im Sauerland mit positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Struktur der Region. Er eröffnet bessere Verwendungsmöglichkeiten für Waldholz und Resthölzer. Die Ansiedlung des Werks entspricht damit der Forderung in einer von allen Fraktionen des Landtags einstimmig verabschiedeten Entschließung, die sich für die Stärkung

der Holzwirtschaft durch eine umweltfreundliche Restholzverwertung ausspricht. Damit werden auch die Voraussetzungen für eine optimale Waldpflege geschaffen.

Der Ausschuß stellt fest, daß der zuständige Regierungspräsident nach sorgfältiger Prüfung über den Genehmigungsantrag entschieden hat.

Alle umweltrelevanten Gesichtspunkte sind nach Darlegung der Landesregierung in dem Genehmigungsverfahren erörtert worden und sind Bestandteil des Genehmigungsbescheides.

Der Ausschuß kritisiert die Verunsicherung der Bevölkerung durch unrichtige und unsachliche Darstellung und fordert alle Verantwortlichen auf, zu einer sachlichen Betrachtung zurückzukehren.“

Dazu gehöre auch, so stellten die Abgeordneten und Sprecher des Umweltministeriums fest, daß die örtlichen Politiker ihr Informationsdefizit dadurch abbauen, daß sie den 118 Seiten umfassenden und alle fraglichen Punkte aufgreifenden und beantwortenden Genehmigungsbescheid des Regierungspräsidenten zur Kenntnis nähmen. Es wurde klargestellt, daß in der Anlage kein Abfall, sondern Holzreste verbrannt werden. Da Rundholz nicht mit dem seit 15 Jahren verbotenen Lindan behandelt werde, gebe es überhaupt keinen Anlaß zu der geäußerten Befürchtung, bei der Verbrennung könnten hochgiftige Dioxine und Furane entstehen. Der SPD-Abgeordnete Johannes Gorlas qualifizierte die Wissenschaftler, die diese Bedenken geäußert hatten, als „bundesweit herumreisende Anlagenverhinderer und Bedenkenträger“.

Literatur

Ingenieure als technische Ärzte

NRW-Jahrbuch Arbeit und Technik 1989: Angestellte

Ohne Ingenieure wäre vieles nicht möglich, was sich hinter dem Schlagwort vom technologischen Fortschritt verbirgt. Deshalb ist es sehr angebracht, daß im 1989er Jahrbuch „Arbeit und Technik“ mit dem Schwerpunkt Angestellte ein ganzes Kapitel der „Rolle der Ingenieure im Prozeß der Entwicklung, Gestaltung und Anwendung neuer Technik“ gewidmet wird.

Ingenieure seien, so wird hier festgestellt, als Gutachter, Konstrukteure, Hersteller oder Überwacher maßgeblich an technischen Prozessen beteiligt. Sie selbst sähen sich als die Macher an, die neue Technologien in Leistungen zur Erleichterung des Alltags umsetzen. Das hebe sie gegenüber Juristen und Kaufleuten positiv ab, von denen sie sich bei ihrer Dienstleistung am Gemeinwohl eher behindert fühlten. Ihr Handeln nach den Gesetzen der Natur erscheine den Ingenieuren rational, berechenbar und eindeutig.

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht werden Ingenieuren jedoch Defizite zugeschrieben. Ihre Begeisterung für das Machbare lasse die Verantwortung für humane und soziale Folgen vermissen. Bei ihren Innovationen beachteten sie die Grenzen des dem Menschlichen Möglichen und Zutraglichen nicht.

Besondere Gegensätze werden zwischen technischem und politischem Personal festgestellt. Ingenieure sähen politisches Han-

deln als irrational, unberechenbar und vielschichtig an. Andererseits seien Politiker angesichts neuer Technologien immer mehr auf den Sachverstand der Ingenieure angewiesen. Im Zusammenhang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien etwa, auf die Politiker unmittelbar angewiesen sind, wird bereits von der Herrschaft der Ingenieure gesprochen, ohne die demnächst keine Kommunikation und vielleicht auch keine Demokratie mehr stattfinden werde. Wie weit entfernt voneinander die beiden Welten Technik und Politik sind, zeigt nebenbei auch die Erfahrung der Technologiepolitiker des NRW-Landtags, die eher zufällig auf das dringende Bedürfnis nach einer Berufsorganisation für beratende Ingenieure gestoßen sind.

Angesichts der „Bedeutung des Ingenieurhandelns für die sozialverträgliche Gestaltung neuer Technologien“, so der Titel des Beitrags des Lehrstuhlinhabers „Kybernetische Verfahren und Didaktik der Ingenieurwissenschaften“ an der RWTH Aachen Klaus Henning im Jahrbuch, wird für einen Wandel des Berufsbildes (und Selbstverständnisses) des Ingenieurs eingetreten. Durch rapide zunehmende Anpassungsprobleme zeichne sich eine andere Wertigkeit der zu lösenden Ingenieuraufgaben ab. Ingenieure müßten zukünftig in eine Fürsorgepflicht gegenüber der technischen Zivil-

sation hineinwachsen und als „technische Ärzte“ auch „reparierende“ Dienstleistungen zur sozialen und ökologischen Anpassung technischer Prozesse erbringen.

Eine Aufwertung sozialer Handlungsfähigkeiten wird auch für kaufmännische Angestellte (mit computergestützter Sachbearbeitung) im Beitrag des Bundesbeauftragten für die Neuordnung der Büroberufe Michael Ehrke vorhergesagt. Bisher seien manuelle Fertigkeiten überbetont worden. Künftig werde es um ganzheitliche Tätigkeiten mit manuellen und geistigen Fertigkeiten, Kenntnissen und sozialen Fähigkeiten gehen.

Weitere Kapitel behandeln Managementberufe, Aus- und Weiterbildung von Angestellten, gewerkschaftliche Angestelltenpolitik, den „Strukturwandel zugunsten der Angestellten und Höherqualifizierten“. Die empirische Basis der vielen Beiträge ist recht unterschiedlich. Als Fundort für Forschungsergebnisse bei der Anwendung neuer Technologien ist das Jahrbuch eine schwierige Lektüre. Wer an das Lesen sozialwissenschaftlicher Aufsatzsammlungen nicht gewöhnt ist, wird wenig Freude haben. Auch ist nicht einzusehen, warum Werkstatt- und Arbeitspapiere in der unfreundlichen Gestalt eines dicken Wälzers daherkommen müssen: im Hinblick auf Zeitökonomie eine unverträgliche Wissenschaft. Zum interdisziplinären Ansatz von „Arbeit und Technik“ gehört schließlich auch die Wirtschaftlichkeit.

Maria Mester-Grüner

(Jahrbuch Arbeit und Technik in Nordrhein-Westfalen 1989, Schwerpunktthema Arbeit – Technik – Angestellte, Verlag J.H. Dietz Nachf., Bonn, 532 S.)

20 Jahre Forum Leverkusen

„Kulturelle Großtankstelle zwischen den Depots“

Eine beeindruckende Bilanz „profiliertes und eigenständiger, engagierter und ambitionierter kommunaler Kulturarbeit“ konnte Kulturdezernent Dr. Wolfgang Schulze-Olden anlässlich des 20jährigen Bestehens des Forum Leverkusen am 30. Oktober ziehen. Auf die Begegnung mit dem druckgraphischen Werk von Georg Basselitz im renovierten Schloß Morsbroich folgten eine kurze Stadtrundfahrt mit Führung durch die hervorragend ausgestattete Musikschule, ein Rundgang durch das leider etwas abseits gelegene Forum und die Aufführung „Nathan der Weise“ des Volkstheaters Rostock. Ein Empfang durch Oberbürgermeister Horst Henning, der seit 1975 auch Mitglied des NRW-Landtags ist, rundete das gelungene Programm ab.

Als „kulturelle Großtankstelle zwischen den Depots Düsseldorf und Köln“ hatte der damalige Ministerpräsident Heinz Kühn das Forum Leverkusen bei der Eröffnung 1969 beschrieben und damit zum Industrie-Image der 160 000-Einwohner-Stadt im Norden von Köln Stellung genommen. In der Tat verbindet der Außenstehende alles andere als Kultur mit der vom Chemie-Konzern Bayer geprägten Leverkusen. Inzwischen kann sich das Angebot nicht nur räumlich sehen lassen: Musiktheater aus Ost und West, internationale Ballettensembles, Theater, Jazz und Tanzveranstaltungen lassen auf anspruchsvolles Publikum ebenso schließen wie auf engagiertes Bemühen um „Kultur auf allen Ebenen“.

Als Schmuckstücke unter den Örtlichkeiten werden außer dem Forum die liebevoll in einem alten Schulgebäude eingerichtete Musikschule und das spätbarocke Schloß Morsbroich vorgeführt. „Ich befinde mich am wohlsten in Morsbroich, um dorten die erfrischende Land- und Waldluft zu genießen und soviel wie möglich zurückgezogen von allen Aufregungen zu leben...“ Dies teilte

vor 125 Jahren der „Vater der rheinischen Samtindustrie“ Friedrich Diergardt mit, der das Rittergut von einem Kölner Bankier erwarb und sich, nach Erweiterungsbauten, in seinen letzten Lebensjahren ganz dorthin zurückzog.

Die heutige Landkarte weist kaum noch auf Waldidylle hin: drei große Autobahnen und zwei Bundesbahnstrecken durchschneiden die an der Großschiffahrtsstraße Rhein gelegene Stadt. Die Verkehrsströme zwischen den Ballungsräumen Rhein-Ruhr und Rhein-Main fließen an Leverkusen vorbei.

Nach Rittersitz und spätbarockem Jagdschloßchen ist Morsbroich heute ein städtisches Kunstmuseum für jedermann. Ein Schloß als Landhaus oder ein schloßähnliches Wohnhaus war der Traum des Großbürgertums im Wohlstand nach der industriellen Revolution. Morsbroich wurde nach 200jähriger Ordensgeschichte vom verarmten Adel an rheinische Großbürger verkauft und von diesen als Erholungsstätte ausgebaut. Nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg diente es Besatzungstruppen als Quartier.

Technik-Kommission in Gelsenkirchen

„In einer Stadt wie Gelsenkirchen, die bisher kaum über wissenschaftliche Einrichtungen verfügt, genießt eine Einrichtung wie das Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen/Institut Arbeit und Technik besondere Aufmerksamkeit und Förderung.“ Diese Feststellung traf der Präsident des Instituts Arbeit und Technik Professor Dr. Franz Lehner vor der Kommission „Mensch und Technik“, die als erstes Gremium des Landtags Nordrhein-Westfalen im Rahmen ihrer 27. Sitzung am 13. November 1989 dem Institut einen Besuch abgestattet hat. Seit ihrer Einsetzung im März 1987 ist die Kommission ein aufmerksamer Beobachter und Begleiter des Instituts Arbeit und Technik. Wenige Wochen nach der Berufung von Professor Lehner von der Ruhruniversität Bochum zum Institutspräsidenten hat sich die Kommission nach Gelsenkirchen begeben, um vor Ort mit ihm und seinen Mitarbeitern ins Gespräch zu kommen. Derzeit ist das Institut noch in einem Gebäude der Stadtverwaltung in Gelsenkirchen-Schalke untergebracht. Der endgültige Standort wird auf dem Gelände der ehemaligen Thyssen-Guß sein. Das Institut Arbeit und Technik ist dann Teil des Wissenschaftsparks Gelsenkirchen. Drei Forschungsschwerpunkte bzw. Abteilungen des Instituts sind inzwischen eingerichtet, nämlich „DV-gestützte Produktionssysteme“, „betriebsorganisatorische Verknüpfung von Arbeit und Technik“ und „Durchsetzung sozialverträglicher Technikkonzepte“.

Geiselfreilassung mehrmals angekündigt

Zwei Menschen, die als unmittelbar Betroffene den Gladbecker Bankraub und die sich daran anschließenden Ereignisse durchlitten haben, waren vom Parlamentarischen Untersuchungsausschuß III unter dem Vorsitz von Heinz Lanfermann (F.D.P.) zur Zeugnisaussage geladen worden: Der Gladbecker Bankkassierer Reinhold Alles und die Bremer Auszubildende Ines Voitle, die das Ende der Geiselnahme auf der Autobahn bei Sieburg erlebte und überlebt hat.

Frau Voitle berichtete vor allem von der letzten Phase des Verbrechens. So habe Degowski, der auf der Rückbank des Fluchtfahrzeugs zwischen den beiden Geiseln saß, auf der Autobahn nach dem Zwischenstopp in der Kölner Fußgängerzone erst Silke Bischoff, der später ums Leben gekommenen Geisel, und dann ihr — mit dem Einverständnis von Rösner — ins Ohr geflüstert, „daß sie uns rauslassen wollten“. Das habe Degowski „ruhig und normal“ getan, da er davon ausging, daß sein Flüster von der Polizei über die im Auto versteckten „Wanzen“ nicht mitgehört werden konnte. Sonst nämlich hätten die beiden Täter ziemlich laut geredet, um gegenüber den Verfolgern einen entschlossenen Eindruck zu machen.

Überhaupt sei die Stimmung im Fahrzeug nach der geflüsterten Mitteilung entspannter geworden: Man habe mit dem verbliebenen Dosenbier auf die Freilassung angestoßen, die laut Degowski nach der Grenze, nachts, wenn keine Polizei in der Nähe war, erfolgen sollte.

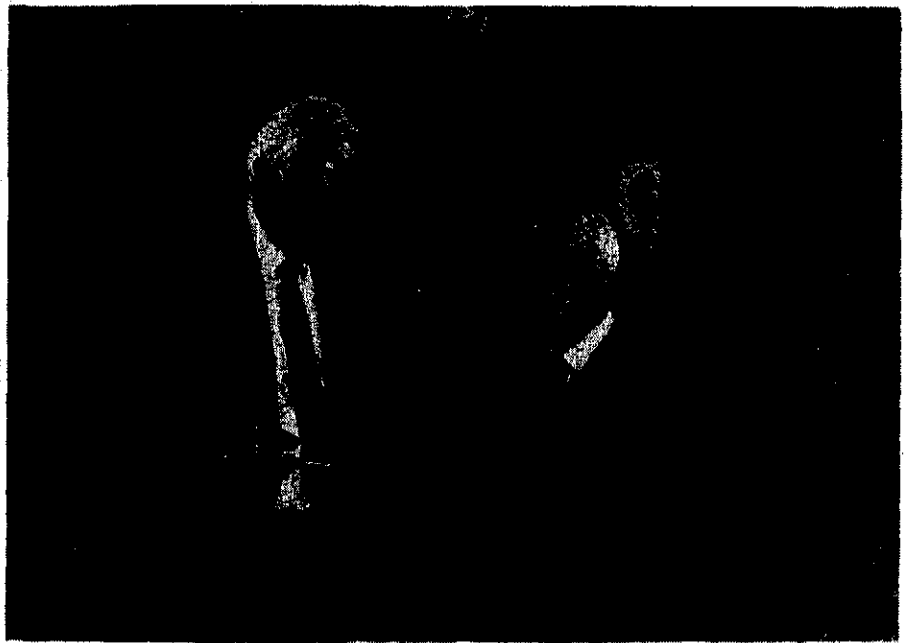
Er habe sogar gute Worte für die beiden Geiseln gefunden; es habe den Tätern leid getan, daß sie die beiden jungen Mädchen mitgenommen hatten. Ines Voitle: „Mir fiel ein Stein vom Herzen.“

Auf der vorangegangenen Sitzung hatte Reinhold Alles, die in Gladbeck genommene Geisel, ausgesagt. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Aufenthalt auf der Vegesacker Rampe, wo Degowski angeblich zeitweilig eingeschlafen war und damit die Polizei gute Voraussetzungen für einen Zugriff gefunden hätte.

Alles bestritt ausdrücklich, daß in der Fluchtpause der Täter eingeschlafen war; das sei, wie er schon früher ausgesagt habe, erst später nach Fortsetzung der Flucht geschehen. Während der ganzen Zeit sei Degowski die Pistole, mit der er die Geiseln bedrohte, „förmlich in der Hand festgewachsen“ gewesen. Nach Rösners Rückkehr wurde von beiden erklärt, nach der „ganz offiziellen“ Anmietung eines Leihwagens wolle man die Geiseln freilassen. Die Stimmung daraufhin qualifizierte der Zeuge als „merklich gut“.

Als sich Degowski zum Ausstreuten einige Meter vom Fahrzeug entfernt habe, sei ihm, Alles, die Flucht als zu riskant erschienen. So hätte er, um den Pkw zu starten, von der Rückbank auf den Fahrersitz klettern müssen. Außerdem habe es sich um ein Modell mit Getriebeautomatik gehandelt, mit dem er nicht vertraut gewesen sei.

Der Untersuchungsausschuß hält sich am 20. und 21. November zu einem Ortstermin in Bremen auf, wo er sich von den Örtlichkeiten in Huckelriede und an der Vegesacker Rampe ein eigenes Bild machen will.



Landtagspräsident Karl Josef Denzer (l.) und der Maler Bruno Goller (r.) vor dem Gemälde „Stilleben 1955“.
Foto: Schüler

Ausstellung mit Bildern von Bruno Goller im Landtag

Ein großer Künstler und Mensch

Kunstaussstellungen im Landtag seien eine seltene Sache und würden es auch bleiben. Doch in diesem besonderen Falle mache er gern eine Ausnahme, sagte Landtagspräsident Karl Josef Denzer bei der Eröffnung einer Ausstellung mit Bildern des Malers Bruno Goller aus Anlaß dessen 88. Geburtstages. Es gehe ihm darum, einen Künstler zu ehren, der einer der hervorragendsten Vertreter der Kunst in Nordrhein-Westfalen sei, betonte der Präsident.

Er erinnerte daran, daß Bruno Goller seit siebzig Jahren in Düsseldorf lebe und arbeite, lange Zeit eine Professur an der Staatlichen Kunstakademie in Düsseldorf innegehabt, neben vielen anderen Preisen 1965 den Großen Kunstpreis des Landes NRW erhalten habe und als „gebürtiger Gummersbacher ein Kind unseres Landes“

Maler Professor Konrad Klapheck. Er sei 1954 sein Schüler geworden und habe den Menschen Bruno Goller kennengelernt, sagte Klapheck. Bruno Goller sei gleichzeitig ein schüchterner und ein sehr sicherer Mensch gewesen. Was er besonders an ihm bewundert habe, sei dessen Unabhängigkeit gewesen.

Klaphecks Würdigung

sei. Denzer stellte abschließend fest, es sei Johannes Wasmuth vom Bahnhof Rolandsheck zu verdanken, „daß wir einige der Werke Bruno Gollers nur für einige Tage im Landtag beherbergen können“. Das künstlerische Schaffen sowie die Person des Künstlers Bruno Goller würdigte der

Seine Welt

Obwohl damals abstrakt gemalt worden sei, habe Bruno Goller seiner Welt nachgegangen und sich nicht beeindrucken lassen. Immer mehr habe er auch seine Güte kennengelernt. Zum Abschluß sagte Konrad Klapheck „diesem unvergleichlichen Menschen Bruno Goller“ seinen Dank.

Leser schreiben... *

Unterschied

(„Landtag intern“ Nr. 16/1989, Bericht über die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen)

Soeben lese ich Ihren Bericht über die Kommunalwahlen in unserem Lande vom 10. Oktober 1989. Sie schreiben zunächst korrekt von den Wahlen zu den Gemeinderäten und Kreistagen, aber am Ende nenne Sie diese Vertretungskörperschaften wiederholt „Parlamente“, obwohl es sich nicht wie beim Landtag oder beim Bundestag um parlamentarische Verfassungsorgane han-

del. Die Mandatäre im Selbstverwaltungsbereich sind gesetzliche Vertreter juristischer Personen. Echte Parlamente sind keine Vertreter ihrer Gebietskörperschaften. Der Unterschied ist verfassungsrechtlich und verfassungspolitisch sehr wichtig. Auch das Selbstverständnis, das durch die Sprache beeinflusst wird, ist betroffen. Die Kommunen sind keine „verlängerte“ Staatsmacht... In den Schulbüchern wird das oft falsch dargestellt.

(*Lesebriefe müssen nicht in jedem Fall mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Auswahl und Kürzungen bleiben vorbehalten.)

SPD-Fraktion

Schnelle Hilfe für die Gemeinden in Notfällen

Außergewöhnliche Belastungen können für einzelne Gemeinden aus Ereignissen eintreten, die nicht vorhersehbar und nicht zu beeinflussen sind, erklärte Reinhard Wilmbusse als kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion. Das sind zum Beispiel besondere Belastungen wie in Hamm, Schöppingen und Raesfeld, die aus vorläufiger Unterbringung, Versorgung und Beratung von Übersiedlern aus der DDR entstehen, außergewöhnliche Naturereignisse und Unglücksfälle (Flugzeugabsturz in Remscheid) oder besondere Aufgaben einzelner Gemeinden (wie etwa Inden) im Zusammenhang mit dem Braukohlentagebau.

★

Die Absicht der SPD-Landtagsfraktion, auch sozial Schwächeren, wie zum Beispiel Arbeitslosen, die Anpachtung eines Kleingartens zu ermöglichen, wird jetzt verwirklicht.

Wie der zuständige Sprecher der Fraktion, Johannes Gorlas, mitteilt, wird es vom kommenden Jahr an ein zinsloses Landesdarlehen in Höhe von 3000 Mark für bestimmte Bewerber um einen Kleingarten geben. Das Darlehen wird gewährt, wenn das Einkommen um ein Viertel unter dem Einkommen liegt, das für die Förderung im sozialen Wohnungsbau maßgeblich ist. Für eine Familie mit zwei Kindern ist das zur Zeit ein Jahreseinkommen von 35 850 Mark. Darlehensanträge sind an die jeweilige Gemeinde zu richten.

★

Die Errichtung von „Güterverkehrszentren in Nordrhein-Westfalen“ will die SPD-Landtagsfraktion im Landtag diskutieren. Sie seien ein zukunftsorientierter Weg, um die Zusammenarbeit im Verkehrsgewerbe zu verbessern, begründete Karl Böse als verkehrspolitischer Sprecher den Antrag seiner Fraktion.

Die Güterverkehrszentren sollen neben anderen Dienstleistungen auch Beratungsleistungen auf dem Gebiet der Telekommunikation erbringen und ein Datenkommunikationssystem schaffen. Karl Böse: „Damit werden kleine und mittelständische Unternehmen in die Lage versetzt, das von der Wirtschaft zunehmend häufiger nachgefragte Paket umfassender logistischer Dienstleistungen anzubieten. Sie können so am Wettbewerb chancengleich teilnehmen.“

★

Die von der DDR-Staatsführung jetzt gewährte Reisefreiheit sollte durch private Hilfsangebote bei uns ergänzt werden. Das schlug der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Reinhard Grätz, vor. Er verwies darauf, daß viele DDR-Bürgerinnen und Bürger, die jetzt für einige Tage in die Bundesrepublik reisen möchten, hier keine Verwandten oder Bekannten haben. Diese wohl überwiegend jungen Menschen hätten aber aufgrund fehlender Devisen keine Chance, die neue Freiheit zu nutzen.

Deshalb schlug Grätz vor, daß in den Kommunen private Angebote gesammelt werden von Familien, die zum Beispiel ihr Gästezimmer kostenlos für Kurzbesuche von DDR-Reisenden zur Verfügung stellen können.

CDU-Fraktion

Konzertierte Aktion gegen Pflegenotstand gefordert

Die Situation der häuslichen Kranken- und Altenpflege in Nordrhein-Westfalen war Gegenstand einer vierstündigen Anhörung der CDU-Landtagsfraktion in Düsseldorf. Die Anhörung, an der rund 200 Vertreter von Wohlfahrtsverbänden, Sozialstationen, Krankenkassen und Berufsverbänden teilnahmen, machte erhebliche, bereits heute bestehende Versorgungslücken und gravierende Probleme der kommenden Jahre deutlich. „Das Land Nordrhein-Westfalen ist heute zum Schlußlicht unter den deutschen Bundesländern bei der Förderung von Fachkräften in der häuslichen Kranken- und Altenpflege geworden. Bei nur einem Mitarbeiter auf 5000 Einwohner ist eine menschenwürdige Versorgung oft nicht mehr sichergestellt“, erklärte der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Hermann-Josef Arentz.

Von allen Teilnehmern der Anhörung wurde deshalb eine konzertierte Aktion zur Durchsetzung einschneidender Maßnahmen gefordert. Dabei wurde als ein dringend erforderliches Notprogramm gefordert:

1. Verbesserung des Personalschlüssels von 1:5000 auf 1:3500. Das bedeutet konkret 10 Mio. mehr für die Mitarbeiter in den Sozialstationen.
2. Einführung der längst überfälligen Ausbildungsvergütung für die Altenpflege und Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze in Nordrhein-Westfalen von 3500 auf 5000.
3. Fördermaßnahmen für Menschen, die in den Pflegeberuf zurückkehren wollen oder ihn in der Lebensmitte neu erlernen wollen, da allein durch Berufsanfänger der dramatisch steigende Bedarf an Fachkräften in der Pflege nicht mehr gedeckt werden kann.
4. Stärkere Unterstützung von pflegenden Familien durch Bereitstellung geeigneter Hilfsmittel (z.B. Pflegebetten), Gesprächsgruppen pflegender Angehöriger und Einrichtung kostenfreier Kursangebote der häuslichen Pflege.

Massiv gewarnt wurde von den Teilnehmern vor dem Versuch der Landesregierung, die gemeindenahere psychiatrische Versorgung den Sozialstationen aufzutragen, ohne sie dafür fachlich und finanziell ausreichend zu unterstützen.

★

Eine unverantwortliche Verharmlosung des Drogenproblems in Nordrhein-Westfalen hat der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Hermann-Josef Arentz, der SPD-Landesregierung und ihrem Drogenbeauftragten Hans Adolf Hüsgen vorgeworfen. „Unser Land wird von den Rauschgiftsyndikaten mit Drogen überschwemmt. Diese Gefahr gilt in besonderer Weise auch für die Kinder an unseren Schulen. Es ist deshalb völlig unverantwortlich, wenn der Drogenbeauftragte Hüsgen jetzt via Fernsehen behauptet, die Verführung von Schülern an unseren Schulen durch professionelle Drogendealer sei kein ernsthaftes Problem und unsere Schulen seien nicht Stätten des Konsums und des Deals“, erklärte Arentz.

F.D.P.-Fraktion

Vorschlag zurückgezogen SPD dreht bei

Im Streit um die Untersuchungsausschuß-Novelle hat die SPD-Landtagsfraktion das Ultimatum der F.D.P. erfüllt. Die SPD hat ihren Vorschlag zurückgezogen, daß in der Zukunft die Mehrheit des Landtages darüber befinden sollte, ob ein Untersuchungsausschuß im öffentlichen Interesse steht oder nicht. Mit der Rücknahme dieser verfassungswidrigen Regelung ist die Voraussetzung geschaffen, daß man sich sachlich mit der Untersuchungsausschuß-Novelle auseinandersetzt.

Es wird sich nun eine Arbeitsgruppe mit Vertretern von SPD, CDU und F.D.P. mit den unterschiedlichen Gesetzentwürfen beschäftigen, um möglichst einen gemeinsamen Vorschlag zu erarbeiten.

F.D.P. im Kreis Wesel

Im Rahmen einer Außensitzung tagte die F.D.P.-Landtagsfraktion im Stadthaus der Stadt Rheinberg. In Gesprächen mit Bürgermeister Klaus Bechstein, Stadtdirektor Dr. Ulrich Springorum, dem Vorsitzenden der Interessengemeinschaft Rheinberg, Paul Tervooren, dem Werberingvorsitzenden Rheinberg, Manfred Röger, dem Vorsitzenden des Stadtsportverbandes Adalbert Hoffmeier und dem F.D.P.-Ortsvorsitzenden Werner Schaper diskutierte die Fraktion regionale Probleme. Ein Besuch bei Firmen, Betrieben und städtischen Einrichtungen schloß sich an, darunter ein Gespräch bei der Freiwilligen Feuerwehr. Stadtbrandmeister Günther Stoll legte den Abgeordneten nahe, daß sich das Land intensiver als bisher um die Feuerwehren kümmern müsse. Dabei wurde wieder einmal deutlich, daß sich die Feuerwehren von der Landesregierung im Stich gelassen fühlen, da die Mittel aus der Feuerschutzsteuer nicht, wie es das Gesetz eigentlich vorsieht, den Feuerwehren im gesamten Umfang zugute kommen. Nach Auffassung der freiwilligen Feuerwehrmänner reicht es nicht aus, daß man den Feuerwehren in Sonntagsreden den Dank des Landes ausspricht. Dieser Dank muß sich auch finanziell niederschlagen, damit die Feuerwehren ihre Ausrüstungsgegenstände auf den neuesten Stand der Technik bringen können. Nur so kann Leben und Eigentum der Bürger wirksam und effektiv geschützt werden.

Die F.D.P.-Landtagsfraktion wird ihre Besuche vor Ort fortsetzen.

Ladenschlußgesetz aufheben

Für die kommenden Wochenenden soll nach Auffassung der F.D.P.-Landtagsfraktion das Ladenschlußgesetz in NRW aufgehoben werden, um den Bürgern aus der DDR, die am Wochenende nach Nordrhein-Westfalen kommen, Einkaufsmöglichkeiten zu geben.

Das was in Berlin und anderen Bundesländern möglich ist, muß auch in Nordrhein-Westfalen zu schaffen sein.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

Literatur

Parteigründung

816 Seiten dichtgedrängter Forschungsergebnisse zur CDU der britischen Besatzungszone liefert Horstwalter Heitzer in seiner Habilitationsschrift den Lesern.

Ausgehend von der Feststellung, daß die Geschichte der CDU noch nicht umfassend dargestellt worden ist, versucht Heitzer diesen Mißstand für den Zeitraum von 1945, also der Lizenzierung der ersten Parteigründungen, bis 1949, der Gründung der Bundesrepublik zu beheben. Seine dreigeteilte Arbeit gibt nach einem Entwicklungsabriß der Entwicklung der Partei bis zur Gründung des Zonenausschusses 1946 in Teil A einen Einblick in die Parteiführung und -organisation 1946–49 mit Teil B und behandelt schließlich in Teil C den Zonenausschuß der CDU in der britischen Zone.

Der besondere Wert der vorliegenden Studie liegt dabei vor allem in den beiden letzten Teilen.

Heitzers Darstellung der Gründung und Entwicklung der CDU in der britischen Zone ist stark adenauerzentriert. Interessant sind unter anderem die Einblicke in die personalpolitischen Spannungen — vor allem in das Verhältnis von Schwing und Adenauer. Darüber hinaus aber auch des Düsseldorfer Gründerkreises mit Schwing. Daß es über die persönlichen Differenzen vor allem um die parteiinternen Auseinandersetzungen, um die zukünftige ideologische Ausrichtung der Partei ging, untersucht Heitzer sehr gründlich, auch wenn er so manches Mal aktuellere Forschungsergebnisse (z. B. Uertz) nicht entsprechend würdigt und wertet.

Die organisationsbeschreibenden Teile B und C liefern dafür aber einen glänzenden Überblick mit zum Teil überraschenden Detailergebnissen.

Einige Kleinigkeiten bei den Literaturangaben — zum Beispiel wird auf Seite 57 Anm. 97 die Dissertation von H. J. Rissing erwähnt. Im Quellen- und Literaturverzeichnis aber nicht; oder er gibt für die Wuppertaler Gründung eine maschinenschriftliche Magisterarbeit an, aber für Köln z. B. sind Arbeiten von D. Wirtz oder H. J. Arentz nicht erwähnt — können den überaus positiven Gesamteindruck dieser beachtlichen Habilitationsschrift Heitzers nichts anhaben.

(Horstwalter Heitzer, *Die CDU in der britischen Zone, Gründung, Organisation, Programm und Politik 1945–1949, Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 12, 816 Seiten, 98 Mark*)

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: * 5 68 01*

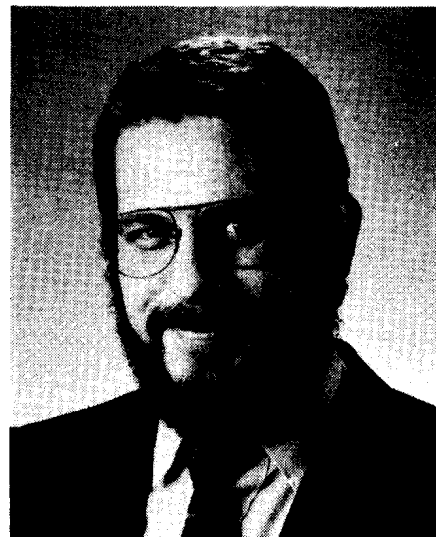
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Franz-Josef Kniola

Er sei ein „Parteisoldat“, sagt Franz-Josef Kniola von sich selbst. Der 46jährige Dortmund, Ostermarschierer und Kriegsdienstverweigerer, durch und durch Pazifist, gebraucht den eigentümlichen, halb-militärischen Begriff ganz ohne Bedenken. Denn dieses charakterisierende Wort scheint ihm geeignet, sein Verhältnis zur SPD, der er seit 1963 angehört, und zu ihren Würdenträgern zu beschreiben. Mit „Unterwerfung“ oder gar „Hörigkeit“, mit Befehlsgehorsam habe das nichts zu tun. Aber: Illoyalitäten gebe es bei ihm nicht, sagt er. Dabei verfügt er als Beisitzer im Vorstand und als Vorsitzender des Arbeitskreises 19 — Wissenschaft und Forschung — der SPD-Landtagsfraktion selbst über Macht und Einfluß genug, um für sich öffentliche Auftritte zu rechtfertigen, die kontrovers zur Meinung „seiner“ Ministerin Anke Brunn stehen könnten. Aber Konflikte, die zu Illoyalitäten verleiten könnten, trägt Kniola, der das exotische Hobby der Orchideenzucht pflegt, nicht auf dem offenen Markt der Meinungen aus. Ein Arbeitskreisvorsitzender müsse es verstehen, derlei intern zu regeln, beschreibt er seinen politischen Stil.

Sein Bürgersinn scheint ob des Vergnügens, der Presse ein Schnippchen geschlagen zu haben, durchzugehen, wenn er aufreizend beiläufig darauf hinweist, wie er in der Hochschulpolitik „viele komplizierte, zum Teil unangenehme Entscheidungen“ getroffen habe, „ohne daß sie vorher in der Zeitung gestanden haben“. Soviel Selbstsicherheit macht es leicht, mildes Lob auch der Ministerin Anke Brunn zu gewähren. Sie habe einen schwierigen Start gehabt und müsse jetzt damit kämpfen, daß sich das schlechte öffentliche „Anfangsurteil“, ein Vorurteil also, nicht verfestige. Immerhin sei sie „sehr erfolgreich, auch im Kabinett“. Das Urteil in der Hochschulöffentlichkeit über sie sei „etwas ungerecht“. Er jedenfalls habe sich mit Frau Brunn zusammengerauft, sagt er. Was er auch schon mit anderen Wissenschaftsministern hatte tun müssen, ob sie nun Rau, Jochimsen, Schwier oder Krumsiek hießen. Sie alle haben ihn als ruhig-fairen, aber harten Widerpart kennengelernt. Kniola versichert, er stehe „hinter jedem Punkt“, den die „Hochschulplanung 2001“ gesetzt hat wie zum Beispiel die Einstellung von Studiengängen an einzelnen Hochschulen oder die Verlagerung von Stellen. „Ich bin froh, daß wir das gemacht haben“, bekennt er. Weil es falsch sei, seine Politik nur daran auszurichten, „Konflikte zu minimieren“.

Kniola, der aus einem bürgerlich-katholischen Elternhaus stammt und eine entsprechende Karriere — katholische Schule, Meßdiener, Pfadfinder — hinter sich hatte, als er Sozialdemokrat wurde, hat sein politisches Engagement als Teil seines familiären Ablösungsprozesses begriffen. Im Generationenkonflikt, vor allem mit dem Vater, der auch sein Lehrer war, hat er sich freigekämpft. Das hat ihn scharfkantig, distanziert wirkend ge-

macht, auch wenn er es sich, mit einer rot geränderten Brille und einem dunklen Vollbart maskiert, nicht ansehen läßt. Er sei „kein Freund von glatten Wegen“, sagt er. Er ecke „gerne“ an. Jeder, der im Hochschulbereich tätig sei, wisse, „daß ich meinen Weg gehe und ein unbequemer Gesprächspartner bin“. Das klingt, wie es gemeint ist — ein warnender Unterton schwingt unüberhörbar mit.

Kniola hat sich durchgebissen. Auch im Beruf, den er im väterlichen Steinmetzbetrieb erlernte. Nach Realschule und Lehre, die er 1962 mit der Gesellenprüfung abschloß, studierte er an der Höheren Fachschule für Sozialarbeit in Dortmund. Nach dem zivilen Ersatzdienst wurde er zunächst Bildungs-, später Jugendsekretär beim SPD-Bezirk Westliches Westfalen. Später, nach der Wahl in den Landtag und seinem freiwilligen Ausscheiden als hauptamtlicher Parteifunktionär, hatte er einen Lehrauftrag an der Fachhochschule Dortmund, bevor er, frei genug, 1977 nach dem Tod des Vaters den elterlichen Betrieb übernahm. In Abendkursen, zweieinhalb Jahre lang, bereitete sich Kniola auf die Meisterprüfung vor, die er, „zur eigenen Verblüffung“, mit der Note „gut“ bestand. Kniola ist verheiratet und hat vier Kinder.

Seine politische Karriere hat der Mann aus Dortmund-Hombruch kühl geplant. „Zielbewußt“ nennt er sich. Und deshalb hatte er auch schon bei seinem Parteieintritt ein Landtagsmandat im Blick. Das gewann er 1975 erstmals und seitdem ununterbrochen und wird es wohl auch 1990 holen. Nominiert ist er bereits, was für einen Sozialdemokraten in Dortmund so gut wie gewählt sein heißt. In der Düsseldorfer Landtagsfraktion hat sich Kniola nie als Hinterbänkler verstanden. Früh wurde er ihr Wissenschaftsexperte und hat die Arbeit der Fraktion „in ganz starkem Maße geprägt“. Kniolas Selbstbewußtsein ist kräftig. Vor fünf Jahren war es noch sein „Herzenswunsch“, Minister zu sein. Das ist jetzt vorbei. Er meldet andere Ansprüche an. In der Fraktion möchte er eine stärkere Rolle spielen und „auf Dauer nicht nur Beisitzer“ im Vorstand sein. Die Rede geht, daß Kniola, der sich gern beim Skat entspannt, nach der Landtagswahl im Mai 1990 Parlamentarischer Geschäftsführer werden wird. Bernd Kleffner

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 11. 12. bis 17. 12. 1989

- 14. 12. **Dr. Hans-Dieter Fischer** (CDU), 47 J.
- 15. 12. **Hans Rohe** (SPD), 58 J.
- 15. 12. **Wilfried Kramps** (SPD), 50 J.
- 16. 12. **Günter Meyer zur Heide** (SPD), 53 J.
- 16. 12. **Werner Stump** (CDU), 46 J.

★

Hans Litterscheid, CDU-Landtagsabgeordneter, ist vom Rat seiner Heimatstadt Langenfeld im Rheinland einstimmig die Ehrenbürgerwürde zuerkannt worden. Die Urkunde wurde ihm während eines Festaktes in Gegenwart von Landtagsvizepräsidentin **Ingeborg Friebe** von seinem Amtsnachfolger, Bürgermeister **Friedhelm Görgens**, überreicht. Litterscheid war 28 Jahre ununterbrochen Bürgermeister von Langenfeld. Für die Kommunalwahl 1989 hatte er sich nicht mehr um ein Mandat beworben. Sein Nachfolger Görgens, Redaktionsleiter beim Bonner „Deutschland-Union-Dienst“, der erstmals für den Rat kandidierte, und als Spitzenkandidat der CDU auf einer CDU-F.D.P.-Liste zum Bürgermeister gewählt wurde, war von 1983 bis 1986 Pressesprecher der CDU-Landtagsfraktion.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen sucht zum nächstmöglichen Termin eine

Hosteß

für den Besucherdienst. Die Beschäftigung erfolgt halbtags und wird nach BAT VI b vergütet. Bewerbungen sind zu richten an: Landtag Nordrhein-Westfalen, Personalreferat, Postfach 1143, 4000 Düsseldorf 1.

Hermann Jansen, SPD-Landtagsabgeordneter aus Mönchengladbach-Rheydt und langjähriges Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) auf Bezirks- und Landesebene, ist auf der 8. Landeskonferenz in Köln-Mülheim erneut in den Landesvorstand dieser Vereinigung gewählt worden.

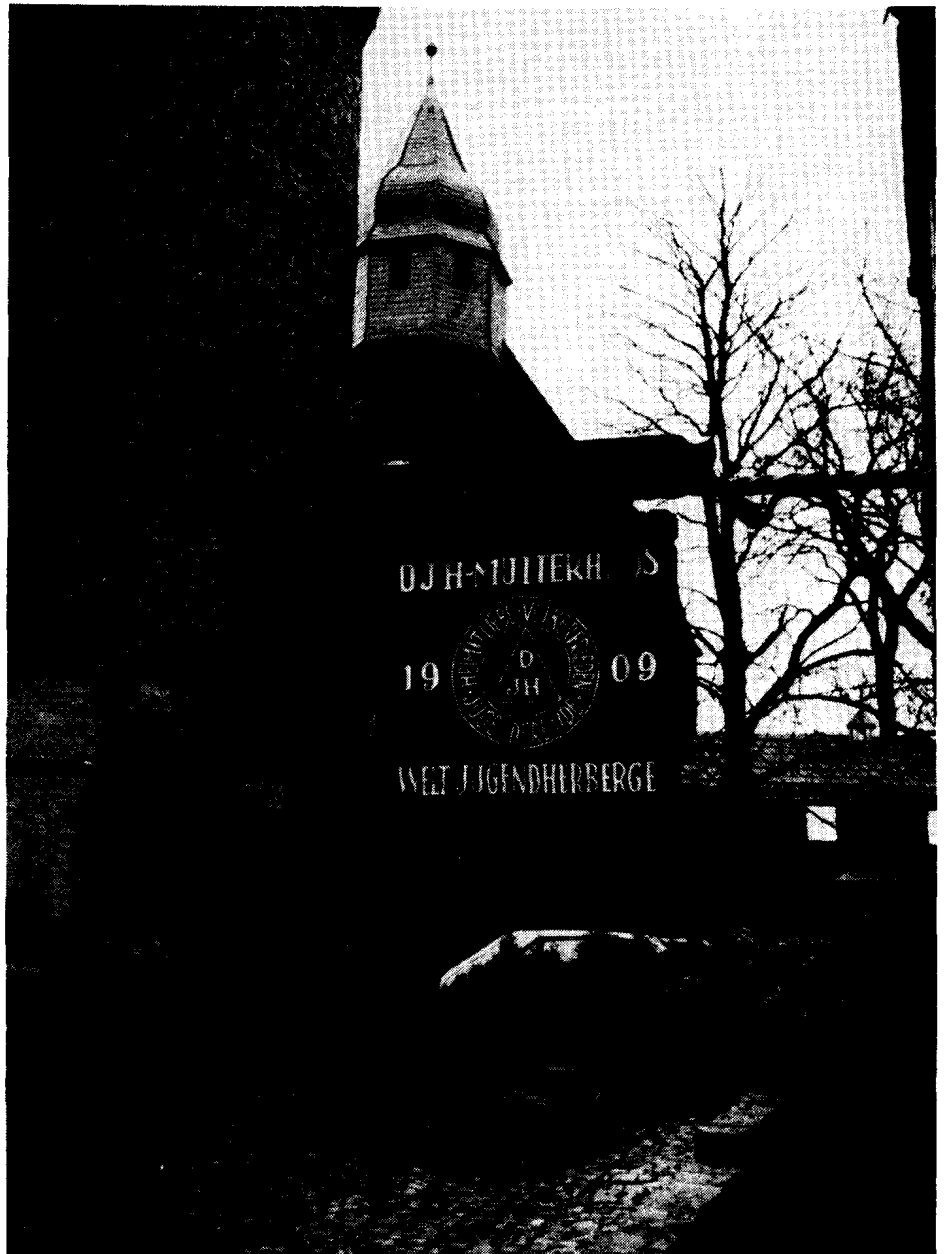
★

Gerhard Kienbaum, F.D.P.-Landtagsabgeordneter in der fünften und sechsten Legislaturperiode sowie von 1962 bis 1966 nordrhein-westfälischer Wirtschaftsminister, ist 70 Jahre alt geworden. NRW-Innenminister **Dr. Herbert Schnoor** (SPD) erklärte bei einem Essen zu Ehren des gebürtigen Wuppertalers, mit dem Namen Kienbaum verbinde sich der erste große Prozeß des strukturellen Wandels an Rhein und Ruhr nach dem Krieg. Gerhard Kienbaum gehörte bis 1971 der F.D.P. an. Seit 1975 ist er CDU-Mitglied.

★

Johannes Kalenberg, Leitender Ministerialrat, ist mit der Leitung des Arbeitsstabes „Aufgabenkritik“ beauftragt worden, der auf einen Beschluß der Landesregierung vom 15. August zurückgeht. Der Arbeitsstab ist beim Finanzministerium angegliedert und soll sich mit Organisationsuntersuchungen beschäftigen. Kalenberg war bisher für die Organisation des Finanzministeriums, der Steuerverwaltung und der Finanzbauverwaltung zuständig.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Die Idee der Jugendherberge ist in diesem Jahr 80 Jahre alt geworden: Ende August 1909 verweigerte bei einem nächtlichen Gewitter ein Bauer im Dörfchen Bröl bei Siegburg dem Lehrer Richard Schirmann und seiner Altenaer Schulklasse die Unterkunft in seiner Scheune. Schirmann wich notgedrungen in die Dorfschule aus, räumte die Bänke beiseite und streute auf dem Boden Stroh für das Nachtlager aus. Bis zur Gründung der ersten ständigen Jugendherberge auf der Burg Altena im Jahre 1912 waren noch viele Schwierigkeiten — nicht nur finanzieller Art — zu überwinden, auch pädagogische Bedenken wurden gegen das mehrtägige Wandern erhoben. Mit Unterstützung des Altenaer Landrats Friedrich Thomee und dem aus Hilchenbach stammenden Wilhelm Münker gelang es Schirmann jedoch, die Widerstände zu überwinden. Mit den ersten Spenden richtete Schirmann die Herberge auf der Burg ein. Aufnahme fanden „alle Burschen und Mädchen ohne Unterschied in der Schulbildung, einschließlich Turner, Fortbildungsschüler, Lehrlinge und selbstverständlich alle Wandervögel, kurz gesagt: das gesamte wanderfrohe Jungdeutschland“. Aus den knapp 11000 Übernachtungen in jenem Jahr sind heute 8,5 Millionen geworden, das Jugendherbergswerk ist international in 57 Ländern mit 5300 Jugendherbergen verbreitet. Unser Bild zeigt die Burg Altena, die heute in einem Anbau des 800 Jahre alten Bauwerks immer noch 38 Wanderern Quartier bietet.